

Newsletter Rundbrief



Dezember 2002

Nächstes Treffen

am Rande des großen
Ratschlags 17.–19.
Januar in Göttingen
Zeit für die AG-Treffen
ist traditionell
am Sonntag.

Editorial

Liebe LeserInnen!

Dies ist der erste Newsletter der auf der letzten Sommerakademie in Marburg gegründeten EU-AG. Wir möchten mit unserem Newsletter in Zukunft einen Ort schaffen, an dem über europäische Themen informiert und diskutiert werden kann. Wenn unsere Schaffenskraft ausreicht, wird er alle zwei Monate erscheinen. Unser Newsletter soll auch zukünftig offen sein für Gastbeiträge aus anderen Arbeitszusammenhängen innerhalb und außerhalb attac.

Das Europäische Sozialforum ist der Themenschwerpunkt dieses Heftes, das vor kurzem in Florenz stattfand. KoKreis-Mitglied Peter Wahl von WEED und Christine Buchholz von Linksruck ziehen in ihren Beiträgen eine kritische Bilanz des ESF und fragen nach den Schlußfolgerungen für globalisierungskritische Bewegung in Deutschland. Hugo Braun, aktiv in der EU-AG und für die Euromärsche im KoKreis von Attac, wirft einen Blick nach vorn und berichtet über die Planungen für das nächste ESF in St. Denis.

Leider gibt es nicht nur erfreuliches aus Italien. Michael Bauer hat uns einen Erlebnisbericht über seine Busfahrt nach Florenz zur Verfügung gestellt. Nur wenige Tage nach dem ESF kam es in Süditalien zu zahlreichen Verhaftungen von Aktivisten aus der globalisierungskritischen Bewegung. Wir dokumentieren dazu eine nachahmenswerte Solidaritätsaktion von attac-Saar.

Der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs findet Ende der Woche in Kopenhagen statt. Hauptthema wird die EU-Osterweiterung sein, für die sich die Beitrittskandidaten in den letzten Jahren einer neoliberalen Roskur unterwerfen mussten. Auch die EU-AG hat mit zu den zahlreichen Protest- und Alternativeranstaltungen mobilisiert. Wir informieren Euch über die geplanten Demonstrationen, Workshops und Kongresse und veröffentlichen die politische Erklärung von attac-Dänemark.



Europäischer Sozialgipfel in Florenz 60 000 Menschen diskutieren und demonstrieren für ein soziales Europa (foto: attac-köln)

Auch der Konvent hat indirekt mit der EU-Osterweiterung zu tun. Um nach dem Beitritt weiter handlungsfähig zu sein, muss sich auch die EU verändern. Darüber wird zur Zeit im Konvent verhandelt, der eine europäische Verfassung ausarbeiten soll. Anne Karras, die den Konvent aus eigener Erfahrung aus Brüssel kennt, nennt Ansatzpunkte für Kritik. Klaus Schilder, Mitarbeiter bei WEED, beschäftigt sich mit der Rolle der Entwicklungspolitik bei den Verhandlungen. Beide Autoren sind in der EU-AG aktiv.

Zu den attac-Schwerpunktthemen des nächsten Jahres fragen wir etwas abseits der tagesaktuellen Diskussion zum Irak-Krieg nach der Militarisierung der EU. Wir dokumentieren dazu ein Interview mit Tobias Pflüger, das die Kampagnenzeitung „Kopenhagen2002“ vor kurzem führte.

Zur Gats-Kampagne veröffentlichen wir einen Brief von gatswatch an EU-Handelskommissar Pascal Lamy. Er macht genauso wie der Artikel von Tobias Reichert zu den Agrarverhandlungen die janusköpfige Rolle der EU in der WTO deutlich.

Wir hoffen, dass Euch unser Newsletter gefällt. Wir würden uns freuen, von Euch ein Feedback zu bekommen. Kritische Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln leiten wir gerne an die Autoren weiter.

Für die bundesweite EU-AG

Stephan Lindner

Kontakt und weitere Informationen:
www.attac-netzwerk.de/eu-ag
mail: redaktion-eu-gg@gmx.de

Editorial	1
Selbstdarstellung der EU-AG	3
Schwerpunktthema Florenz	
Seattle, Genua ... und jetzt Florenz:	4
„Italienisch lernen!“	7
Von Florenz nach Paris!	11
Eine Busfahrt nach Florenz	12
Verhaftungen in Italien	13
EU-Gipfel	
EU-Gipfel in Kopenhagen.....	15
Konvent	
Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union ...	19
Europäischer Konvent und Entwicklungspolitik	20
Militarisierung	
4 000 km rund um Brüssel	22
Rolle der EU in der WTO	
GATS.....	24
EU verzögert Agrarverhandlungen	26
Wochenendseminar	28

Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der eu-ag von Attac-Deutschland.

Verantwortlicher Redakteur:

Stephan Lindner (V.i.S.d.P.),
c/o attac-netzwerk
Artilleriestr. 6
D-27283 Verden

Design, Bildredaktion und Lay-Out: Horst Eberlein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder, sondern nur die Meinung der Autorinnen und Autoren.

Kontakt: redaktion-eu-ag@gmx.de

WWW: <http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag>

Beiträge von Außenstehenden und Mitgliedern von Attac zum Thema Europäische Union sind jederzeit herzlich willkommen. Die Redaktion ist offen. Der Rundbrief wird vor Veröffentlichung in der EU-AG diskutiert.

Inhalt

Selbstdarstellung der EU-AG

Am 28 Juli 2002 hat sich während der attac-Sommerakademie in Marburg unsere Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die folgende Erklärung haben wir in Marburg auf unserem Gründungstreffen verabschiedet.

Ein anderes Europa ist möglich!

Zur Attac-Diskussion über die EU und alternative Vorstellungen

Die Europäische Union erweist sich immer deutlicher als ein Instrument der neoliberalen Globalisierung. Sie gehört zu den Organisationen, die der Motor der aktuellen Globalisierung sind. Seit ihren Ursprüngen hat sie sich dem Ziel verschrieben, den „freien Wettbewerb“ in einem einheitlichen Binnenmarkt zu realisieren. Zusammen mit den USA arbeitet sie auch in der Welthandelsorganisation (WTO) daran, die neoliberale Wirtschaftspolitik weltweit durchzusetzen. Ihre Vorschläge für eine weitere Liberalisierung der Dienstleistungssektoren haben erst jüngst für großes Aufsehen gesorgt. Diese zeigen, dass die EU in möglichst vielen Bereichen Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben möchte. Ein Ziel, das vor allem den Interessen der großen Konzerne gerecht wird und unter dem insbesondere die Entwicklungsländer zu leiden haben.

Neben der notwendigen Kritik an der Politik der EU sollten aber auch grundlegendere Fragen Alternativen für ein anderes, für ein solidarisches Europa nicht aus den Augen verloren werden. Die Diskussion über eine zukünftige europäische Verfassung stellt erneut die Frage, wie wir uns Europa vorstellen. Soll in dieser Convention die kapitalistische Wirtschaftsordnung als bindend für alle Mitglieder festgeschrieben werden? Soll die EU auch in Zukunft den Binnenmarkt als zentrales Projekt vorantreiben, und kann dies überhaupt ein Schritt zu einem sozialen Europa sein? Welche Rolle sollen soziale Grundrechte und die europäische Grundrechtscharta spielen? Und nicht zuletzt: Welche Möglichkeiten gibt es für uns, die Zukunft Europas zu gestalten?

Attac Deutschland ist eine Bewegung, in der EU-Reformer wie auch strikte EU-Gegner gemeinsam für bessere soziale, demokratische und kulturelle Lebensbedingungen der Europäer kämpfen. Gemeinsam wenden sie sich gegen die Militarisierung der EU durch die Schaffung von weltweit operierenden Interventionsstreitkräften. Gemeinsam wollen sie verhindern,



Europäisches Sozialforum in Florenz. Demonstrationen für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa (foto: attac-köln)

dass dieses EU-Europa zu einer Festung ausgebaut wird, die den Menschen aus ärmeren Ländern den Zutritt verwehrt.

Unsere Vorstellung von Europa

Gemeinsam sollten wir unsere konkreten Forderungen artikulieren, deren Verwirklichung die Voraussetzung ist für

- Ein Europa des Friedens und der Abrüstung
- Ein Europa ohne die Diktatur der Finanzmärkte
- Ein Europa mit offenen Grenzen und ohne Rassismus
- Ein Europa ohne Arbeitslosigkeit und Armut
- Ein Europa mit gleichen sozialen Rechten für alle
- Ein Europa mit umfassenden Bürger- und Menschenrechten
- Ein Europa der kulturellen Vielfalt

Gemeinsam sollten wir über Strategien und taktische Varianten diskutieren, um diese Forderungen gegen die Diktatur der Finanzmärkte, der transnationalen Konzerne und ihrer politischen Gehilfen in den EU-Strukturen wie in den nationalen Regierungen durchzusetzen.

Mit diesen Gedanken wollen wir einen Diskussionsprozess in unserer Bewegung anstoßen, der in den Gruppen und in den anderen Attac-Gremien geführt wird. So vorbereitet, können wir für den Beginn des Jahres 2003 eine bundesweite Attac-Konferenz anstreben, auf der eine wirkungsvolle Kampagne zum Thema EU mit konkreten Forderungen initiiert wird.

Ziele europäisch durchsetzen

Dieses Ziel teilen wir mit anderen Attac-Bewegungen in Europa: „Attac wird zusammen mit anderen sozialen Bewegungen kompromisslos alle Kraft darauf verwenden, ein wirklich demokratisches und soziales Europa für die Bürger dieses Europa zu bauen. Wir tun dies, weil wir an Europa glauben – aber an ein anderes Europa. An ein Europa im Dienste der Menschen und ihrer Gemeinschaften. An ein Europa, das nicht den ökonomischen Mächten unterworfen ist. An ein Europa, das einer sozial und ökonomisch gerechten Welt verpflichtet ist, das Solidarität mit anderen übt und ökologisch verträglich ist.“ (Aus der Erklärung der Europäischen Attac-Bewegungen)

Sevilla im Juni 2002

Schwerpunktthema Florenz



Europäisches Sozialforum: Demonstrationen mit Fackeln am Abend (foto attac-köln)

Seattle, Genua ...

Die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ist ungebrochen. Das erste Europäische Sozialforum (ESF) vom 6. bis 9. November in Florenz hat dies überaus eindrucksvoll bestätigt. Mit der Demonstration von mehr als einer halben Million Menschen – die größte in der Geschichte der Globalisierungskritik – wird Florenz zukünftig in einem Zuge mit Seattle und Genua genannt werden müssen. Etwa zwei Drittel der Teilnehmer gehören jüngeren Jahrgängen an.

Beim Forum selbst, ein dreitägiger Veranstaltungsmarathon mit ca. 200 Podien, Seminaren und Workshops, war mit 20000 Teilnehmern gerechnet worden. Am zweiten Tag waren es bereits doppelt soviel und am Schluss sogar 60000. Allerdings gingen die damit verbundenen organisatorischen Probleme zu Lasten der Qualität mancher Veranstaltungen.

Es ist aber nicht der quantitative Aspekt allein, der das ESF zu einem herausragenden Ereignis macht. Die besondere Qualität von Florenz liegt darin, dass

- die Bewegung aus dem Schatten der Gewalt getreten ist,
- der Brückenschlag zum Thema Krieg und Frieden gelungen ist,
- die politische Pluralität und Breite weiter zugenommen hat.

Gleichzeitig hat das ESF einige Probleme und Defizite der globalisierungskritischen Bewegung sichtbar gemacht.

Aus dem Schatten der Gewalt getreten

Die neue Bewegung ist aus dem Schatten der Gewalt, der seit Genua über ihr lag, herausgetreten. Florenz zeigt einmal mehr, dass dann, wenn tatsächlich große Menschenmengen mobilisiert werden, weder staatliche Provokationen noch die Orientierung auf Militanz durch kleine Gruppen eine Chance haben.

und jetzt Florenz

Die Berlusconi-Regierung hatte alles getan, um im Vorfeld des ESF ein Klima von Hysterie und Angst zu erzeugen. Ein zweites Genua wäre ihr gerade recht gekommen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken. Berlusconi hatte die Zerstörung von Kunstwerken der Renaissancestadt durch talibanisierte Horden an die Wand gemalt und von Verbot des ESF gesprochen. Die in der Regierung vertretenen Neofaschisten der „Forza Italia“ hatten wochenlang Stimmung im Stil des „Stürmer“ gemacht, z.B. mit Karikaturen von Demonstranten mit Haken- und Hammer, in der einen Hand eine Flasche Wodka in der anderen Hammer und Sichel. Der „Corriere della Sera“ brachte zum Auftakt des Forums einen von Hass getriebenen Beitrag der gewendeten Linken Oriana Fallaci. Unter diesem Eindruck vernagelten viele Geschäfte in der historischen Altstadt ihre Schaufenster.

Auf Seiten der Demonstration war ein wie auch immer gearteter „Schwarzer Block“ nicht auszumachen. Andere Gruppen, die zu Militanz tendieren, wie die sog. „Disobbedienti“ („Ungehorsame“, eine Mischung aus Punk und Anarchismus) und die Tute Bianche, die bei der IWF/Weltbanktagung in Prag an der Spitze der Auseinandersetzung mit der Polizei gestanden hatten, marschierten diszipliniert in der Demonstration mit.

Schließlich wird mit Florenz auch das Argument hinfällig, dass nur durch Gewaltszenen Medienöffentlichkeit herzustellen sei. Nach den Konfrontationen von Prag, Göteborg und vor allem Genua ist mit Florenz der Gegenseite die Möglichkeit genommen, die globalisierungskritische Bewegung mit dem Gewaltthema zu isolieren oder zumindest zu spalten.

Eine Bilanz des ersten Europäischen Sozialforums in Florenz

von
Peter Wahl

Der Autor ist Mitarbeiter der Nicht-regierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED und Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland.

Nein zum Krieg

Das beherrschende, wenn auch nicht das einzige Thema des ESF war der Krieg. Die Ablehnung der Militarisierung der Außenpolitik im Allgemeinen und eines Kriegs gegen den Irak im Besonderen war einhellig.

So wichtig und richtig diese Orientierung ist, so birgt sie auch einige Risiken. So besteht z.B. die Gefahr, dass im Windschatten der Auseinandersetzung um den Krieg der neoliberale Kurs relativ ungestört fortgesetzt und das Potential der kritischen Kräfte davon völlig absorbiert wird. Es ist gerade einer der gesellschaftspolitischen Effekte der Militarisierung, durch den Aufbau von Feindbildern und äußeren Bedrohungsszenarien die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken. Am deutlichsten wird dies in den USA, wo der patriotische Konformitätsdruck so groß ist, dass vom Geist von Seattle nicht mehr viel zu spüren ist.

Dabei hat sich die Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung, die wir in Seattle konstatierten, inzwischen zu einer veritablen Funktionskrise ausgewachsen. Der Crash an den Börsen, das unrühmliche Ende der „New Economy“, die sog. Bilanzskandale großer Konzerne, die Passivität des IWF in der Argentinienkrise und die deflationäre Entwicklung in vielen Volkswirtschaften sind nur die Spitze des Eisberges. Es kommt daher darauf an, Globalisierungskritik und Friedensbewegung nicht gegeneinander zu setzen, sondern die Zusammenhänge zwischen beiden Themen deutlich zu machen.

Wachsende Pluralität und Breite

Das quantitative Wachstum der Bewegung geht einher mit einer wachsenden politischen Pluralität. Vertreten waren lokale Sozialforen, ATTAC, Gewerkschaften, Friedensbewegung, NGOs, diverse K-Gruppen, Greenpeace, die Jugendorganisation der Partei der Demokratischen Linken (ehem. PCI), Amnesty, Schwule und Lesben, katholische Nonnen, die italienischen Grünen, christliche Pfadfinder, die Rifundazione Comunista und last but not least der Bürgermeister von Florenz und der Präsident der Region Toskana (beide DS). Letztere hatten dem Forum politische und logistische Unterstützung gewährt.

Der Zulauf aus den verschiedenen politischen Lagern signalisiert, dass die Akzeptanz der herrschenden Politik immer mehr schwindet. Gleichzeitig wächst damit die Notwendigkeit, einen produktiven Umgang mit dem Pluralismus der Bewegung zu finden und zentrifugalen Tendenzen entgegenzusteuern. Es scheint sich eine politische Kultur der Dialogbereitschaft, des toleranten Umgangs mit Widersprüchen, und - sieht man von einigen trotzkistischen Splittergruppen ab - des bewussten Verzichts auf Avantgardismus und Dominanz herauszubilden.

Am deutlichsten wird dies bei der Rifundazione Comunista. Obwohl die Partei mit ihren ca. 100000 Mitgliedern eine unübersehbare Rol-



Ca. 700 TeilnehmerInnen kamen beim Europäischen Sozialforum in Florenz aus Deutschland (foto: attac-köln)

le bei der Vorbereitung und Durchführung von Forum und Demonstration spielte, hat sie weder intern im Vorbereitungskomitee noch öffentlich versucht, anderen ihre Positionen aufzudrängen. Offenbar hat man begriffen, dass Selbstbeschränkung und die Absage an parteipolitische Instrumentalisierung sozialer Bewegung eine Bedingung für deren Erfolg ist. Dass es die Rifundazione mit linkem Pluralismus durchaus ernst zu nehmen scheint, zeigt auch ihr Verzicht auf eine der heiligen Kühe des Leninismus, das Fraktionsverbot in den eigenen Reihen. Von daher geht der immer mal wieder geäußerte Verdacht, das ESF sei ein von der Rifundazione gelenktes Projekt, ins Leere.

Gegen Privatisierung und GATS

Das zweite Thema, das sich in Florenz als Schwerpunkt herauskristallisierte, ist die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, von Bildung, über Gesundheit und Renten bis zu Wasser Energie und Verkehr. Das Problem wird in der gesamten EU immer brisanter. Eng verbunden damit sind die Verhandlungen zur Liberalisierung der Dienstleistungen in der WTO (GATS). Beschlossen wurde eine europäische Kampagne, die zunächst auf Aktionen Ende März 2003 orientiert mit einer zentralen Initiative in Brüssel. Bis dahin wird in der WTO nämlich die Verhandlungsphase abgeschlossen, in der die einzelnen Länder ihre Liberalisierungsangebote und -forderungen vorlegen. Danach wird die Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancùn Anfang September 2003 zum nächsten Höhepunkt der Kampagne.

Deutsche Präsenz mit niedrigem Profil

Aus der Bundesrepublik waren 500 bis 700 Teilnehmer angereist. Die meisten auf ATTAC-Ticket. Fahnen von VER.DI waren zu sehen, auch die IG-Metall war vertreten, NGOs, die parteinahen Stiftungen von SPD, Grünen und PDS ebenso wie die Anthroposophen und der BUKO.

Auf einem Forum über das Verhältnis von Parteien zu sozialen Bewegungen trat auch Christian Ströbele auf. Er übte Kritik an seiner Partei und plädierte für ein Zusammenwirken von Grünen und sozialer Bewegung. Frank Bsirske, VER.DI-Vorsitzender, hatte wegen dringender Angelegenheiten bei der Gesundheitsreform kurzfristig abgesagt, aber Interesse bekundet, weiter am Prozess beteiligt zu sein.

Insgesamt war das Profil und die Sichtbarkeit der Deutschen sehr niedrig. Offenbar war wenig in die Vorbereitung investiert worden. Hier besteht Nachholbedarf. Dabei geht es nicht um nationale Selbstdarstellung. Vielmehr haben die deutschen Globalisierungskritiker die Verantwortung, die soziale Bewegung des größten Landes in der EU angemessen in die internationale Bewegung zu integrieren.

Probleme

So positiv die Entwicklung insgesamt ist, so gibt es jedoch auch unverkennbar einige Probleme und Defizite:

- So gingen auch von Florenz kaum Impulse zur Entwicklung inhaltlich-konzeptioneller Alternativen zum Neoliberalismus aus. Noch immer koexistieren Ein-Punkt-Ansätze für bescheidene Reformen unverbunden mit sehr allgemeinen gehaltenen Wertorientierungen. Eine Diskussion zwischen den Standpunkten findet noch nicht wirklich statt. Typisches Beispiel ist die Erlassjahrkampagne, die Schuldenerleichterungen für die armen Ländern will, während andere für eine vollständige und bedingungslose Schuldenstreichung eintreten. Eine Lösung für die Argentinienkrise aber ist beides nicht. Protest und Ablehnung als gemeinsamer Nenner sind zwar die Ausgangsbasis für Veränderung, auf Dauer aber wird das nicht reichen. Insofern ist das eigentliche Ziel des ESF, unabhängig von Regierungsgipfeln einmal in Ruhe untereinander zu diskutieren und den Selbstorganisationsprozess international voranzubringen nur sehr unvollständig erreicht.
- Dass die neue Bewegung mehrheitlich aus jungen Leuten besteht, ist eine ihrer großen Stärken. Dies verleiht ihr inzwischen einen regelrechten Touch von Jugendkultur und über weite Strecken nahm das Forum in der Tat Happeningcharakter an. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass angesichts der demographischen Verhältnisse in den Industrieländern Jugend eine strukturelle Minderheit ist. Die Bewegung darf sich nicht auf eine reine Jugendbewegung beschränken. Die Verbindung zur demographischen Mitte der Gesellschaft ist unerlässlich, wenn sie Aussichten auf Erfolg haben will.
- Ein Moment des jugendgeprägten Charakters der Bewegung ist eine gewisse Tendenz zur Verbalradikalität, wie sie ja auch in der Geschichte sozialer Bewegungen notorisch ist. Zwar erfordert der Problemstand heute tatsächlich eine Überprüfung überkommener Konzepte. Ob einseitige Dialog- und Lobby-Strategien, wie sie einige NGOs praktiziert haben, noch Sinn machen, kann gerade nach

der Pleite des Rio-Prozesses zurecht in Frage gestellt werden. Auch könnte die Krise des Neoliberalismus Alternativen, die näher an die Wurzeln der Probleme gehen, nachgerade zum Imperativ machen. Ebenso notwendig ist es, die Behauptung Bertinottis „Wer vom Neoliberalismus spricht, kann vom Kapitalismus nicht schweigen“ einmal gründlich zu diskutieren, und zwar nicht in der im schlechten Sinne abstrakten und historisch toten Entgegensetzung von „Reform und Revolution“. Gefragt sind innovative Antworten einer Gesellschaftskritik, die auf der Höhe der Zeit ist und sich nicht in die Kostümierung un wiederbringlich vergangener Kämpfe wirft. Mit platten Parolen vom Schlage „One Solution – Revolution“ kommt man nicht weiter. Im Gegenteil, das führt geradewegs ins Sektierertum. Hier lohnt sich noch einmal ein Blick auf die K-Gruppen-Erfahrung der 68-Bewegung.

- Schließlich ist davor zu warnen, aus der verständlichen Euphorie von Florenz die italienischen Erfahrungen auf den Rest der Welt zu übertragen. Der Erfolg von Florenz geht zum größten Teil auf das Konto der innenpolitische Konstellation in Italien. Dazu gehört u.a. dass
- die italienische Linke im Vergleich zum übrigen Europa ohnehin generell recht stark ist,
- die Konflikte mit Berlusconi seit einiger Zeit wachsen und bereits zu einem Generalstreik geführt hatten,
- die US-freundliche Haltung Berlusconis auf breiten Widerstand weit über die Linke hinaus stößt,
- Berlusconi einen Tag vor dem Forum sein Gesetz zur freien Richterwahl durchs Parlament peitschte, was bis ins konservative Milieu hinein auf Ablehnung stieß,
- die psychologische Kriegführung mit dem Gespenst eines zweiten Genua zu Gegenreaktionen führte.

All dies sind Faktoren, die nicht auf andere Länder übertragbar sind. Deshalb dürfte es mindestens verfrüht sein, in der Bundesrepublik ein deutsches Sozialforum aus dem Boden stampfen zu wollen. Die politischen Voraussetzungen dafür sind (noch?) nicht vorhanden.



Europäisches
Sozialforum (foto:
attac-köln)



„Italienisch lernen!“

Das Europäische Sozialforum hat alle Erwartungen übertroffen. Es war nicht nur ein Erfolg, es war ein „Triumph für die Bewegung“, wie es Rafaela Bolini, eine der Organisatorinnen des ESF, ausdrückte. Das Treffen im Schatten des Krieges formulierte Anklagen gegen die Schrecken des Kapitalismus und wies auf die Kämpfe und Mobilisierungen hin, die nötig sein werden, um eine andere Welt zu erreichen. Die Herausforderungen für die Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg in Deutschland sind enorm.

20000 erwarteten die Organisatoren zu der dreitägigen Konferenz, 60000 Menschen aus 105 Ländern kamen. Mit 200000 Teilnehmern rechnete man für die Demonstration gegen den Irakkrieg, bis zu einer Million beteiligten sich. Studenten und Arbeiter, Rentner und Arbeitslose, Aktivisten und NGO-Vertreter – die Vielfalt der Teilnehmer war umwerfend. Auffällig war wie viele junge Menschen, gerade junge Frauen, besonders aus Italien, gekommen waren. „Eine neue Generation, die die Welt verändern wird“, so Rafaela Bolini.

Dabei hatte die Berlusconi-Regierung und die rechten Parteien das Sozialforum im Vorfeld mit einer beispiellosen Hetzkampagne überzogen. Von Vandalen und Terroristen, die das schöne Florenz in Schutt und Asche legen würden, war die Rede. Die Ex-Linke Journalistin Oriana Fallaci, die im Sommer durch das rassistische, antimuslimische Hetzbuch „Die Wut und der Stolz“ in die Schlagzeilen geraten war, verglich die Teilnehmer des ESF mit den Nazis, die 1944 nach Florenz eingefallen waren und Brücken gesprengt hatten. Sie bedauerte, dass die Polizei keinen Schiessbefehl hatte.

Die meisten Florentiner ließen sich durch diese Schmutzkampagne nicht beeindrucken. Die Solidarität der Bevölkerung und die Unterstützung durch die Gewerkschaften ließen die Attacken der Rechten ins Leere laufen. 1000 Familien luden die Globalisierungskritiker ein, bei sich zu wohnen. Ganz Schulklassen und Gruppen von Studenten von den lokalen Hochschulen kamen in das Konferenzzentrum. Zehntausende säumten die Demonstrationsroute oder reihten sich ein in die Demonstration gegen den Krieg.

Florenz spiegelt die politische Weiterentwicklung der antikapitalistischen Bewegung in Europa seit Genua wieder:

Auswertung des Europäischen Sozialforums in Florenz der Organisation Linksruck

von **Christine Buchholz**

Mitglied der Bundesleitung von Linksruck und Mitherausgeberin des ‚Handbuch für Globalisierungskritiker‘, arbeitet mit in der bundesweiten Vorbereitungsgruppe für das ESF. Kontakt: christine.buchholz@web.de

Kampf für eine andere Welt

Der Kampf für eine andere Welt fängt heute mit dem Kampf gegen den Krieg an. Das herausragende Thema der Konferenz war der drohende Krieg gegen den Irak. Tausende nahmen an Konferenzen und Seminaren zum Thema Krieg und Frieden teil. Die Nachricht war: Krieg und Neoliberalismus sind zwei Seiten einer Medaille. Susan George, Vizepräsidentin von Attac-Frankreich beschrieb, wie wir einem neuen Moment gegenüberstehen, in dem „die größte und mächtigste Nation der Welt, eine Megamacht, ihre Strategie gewechselt hat.“ Sie beschrieb, wie die Bush-Administration einen Kurs einschlägt, der „viel offensiver ist. Dessen Ziel es ist, ein Imperium zu etablieren und Militärbasen rund um die Welt aufzubauen.“ Die Tatsache, dass sich Attac-Frankreich bislang so zurückhaltend gegenüber der Mobilisierung gegen den Krieg verhalten hat, passt nicht zu dieser Analyse. Es wäre erfreulich, wenn sich dies nun ändern würde. Überall, wo die globalisierungskritische Bewegung Bestandteil und Motor der Antikriegsbewegung geworden war, sind beide über diese Frage stark geworden.

So war die starke Beteiligung von Florentinern vor allem über die Mobilisierung gegen den Krieg gelungen. Anti-Kriegs-Mobilisierungen der Kampagne „Florenz offene Stadt“ im Vorfeld hatten dazu geführt, die Bevölkerung inhaltlich auf das ESF aufmerksam zu machen. So demonstrierten bereits am 5.10. in Florenz 22000 gegen einen Irakkrieg. Wöchentlich fanden in verschiedenen Stadtteilen und Vororten kleinere Aktionen und Demonstrationen statt.

Ähnliche Erfahrungen machte die Delegation aus Großbritannien. Die Mobilisierungen gegen den Krieg – so eine Demonstration mit 40000 Teilnehmern in der Londoner Innenstadt – war die größte linke Mobilisierung der letzten Jahrzehnte, die ganz neue Bevölkerungsgruppen erreicht hatte. Darunter muslimische Gruppen, Gewerkschaftsgliederungen, sowie wütende und enttäuschte Anhänger der Sozialdemokraten. Dabei betonte Lindsey German, eine Organisatorin der Proteste in Großbritannien, wie wichtig es in der Mobilisierung war, „eine klare Position zur Frage des Imperialismus zu haben. Wir haben verstanden, dass dies ein Krieg für Öl und die Machtinteressen der USA ist. Wir haben uns geweigert, die Taliban und Saddam Hussein als gleichwertige Feinde anzusehen wie den US- oder den britischen Imperialismus. Wir haben



gesehen, dass die USA das Monopol an Massenvernichtungswaffen haben.“

Maria Styllou aus Griechenland argumentierte, dass die Anti-Kriegs-Bewegung Verbindungen zur Arbeiterbewegung aufbauen müsse: „In Griechenland greift die Regierung die Arbeiter an, weigert sich die Renten oder Löhne anzuheben, weil sie den Krieg finanziert. Wir sagen: Kein Geld für Bomben! Gebt uns das Geld, damit wir ein anständiges Leben haben. Wir müssen in unsere Betriebe, Schulen und Universitäten gehen und diese Verbindungen

ziehen. Nutzt die Macht, die wir haben, eine starke Bewegung gegen den Krieg aufzubauen, die das Potential hat, diesen Krieg zu stoppen und unsere Welt zurückzugewinnen.“ „Gemeinsam können wir diesen Krieg verhindern!“ heißt es in dem im Anschluss an das ESF beschlossenen Anti-Kriegs-Aufruf der europäischen sozialen Bewegungen. „Wir, die Europäischen Sozialen Bewegungen, kämpfen für soziale Rechte und Gerechtigkeit, für Demokratie und gegen alle Arten von Unterdrückung. Wir stehen für eine Welt der Vielfalt, Freiheit und des gegenseitigen Respekts. Wir glauben, daß dieser Krieg, ob die UNO ihn unterstützt oder nicht, eine Katastrophe für die irakische Bevölkerung sein wird – die schon jetzt unter dem Embargo und Saddam Husseins Regime leidet – sowie für die Menschen im Nahen Osten. Der Krieg sollte von allen abgelehnt werden, die in demokratische, politische Lösungen von internationalen Konflikten glauben, da der Krieg zu einer globalen Katastrophe führen könnte. Es gibt in jedem Land Europas eine massive Opposition gegen Krieg. Hunderttausende haben schon jetzt für Frieden demonstriert. Wir rufen die Bewegungen und die Bürgerinnen und Bürger Europas auf, koordinierten europaweiten Widerstand gegen Krieg zu beginnen und dazu:

1. ab heute die massive Opposition gegen einen Angriff auf den Irak zu organisieren
2. am Tag X des Kriegsbeginns zu protestieren und sofortige Aktionen zu organisieren und zu landesweiten Demonstrationen am darauffolgenden Samstag aufzuruft



3. mit der Organisation riesiger Anti-Kriegs-Demonstrationen in jeder Hauptstadt für den 15. Februar 2003 zu beginnen.“

Bush ist nicht allmächtig. Ziel muss es sein, den Druck auf die Europäischen Regierungen so stark zu erhöhen, dass sie aus dem Kriegs Bündnis mit den USA herausbrechen.

Antikapitalistische Bewegung und die Gewerkschaften

Die antikapitalistische Bewegung und die Gewerkschaften Tausende Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern nahmen teil. Das größte Kontingent kam aus Italien. An der Demonstration gegen den Krieg nahmen 100000 Teilnehmer des Gewerkschaftsbundes CGIL teil. Ein riesiger Schritt vorwärts, denn der Gewerkschaftsbund hatte noch vor anderthalb Jahren abgelehnt, die Proteste von Genua zu unterstützen. Der GGIL hatte in den letzten Monaten zwei Generalstreiks ausgerufen und im März drei Millionen Menschen zu einer Demonstration nach Rom mobilisiert, die sich gegen den Versuch Berlusconi richtete, den Kündigungsschutz zu lockern.

In Italien ist die Anzahl der Streiktage im letzten Jahr um 500% gewachsen. Diese Entwicklung ist entscheidend, da die Stärke der Ideen der antikapitalistischen Bewegung, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Folgen der Globalisierung herauszustellen, nur zusammen mit der Kraft der organisierten Arbeiterbewegung erfolgreich sein kann. Die kämpferischen linken Gewerkschaften wie Sud (Frankreich) oder (Cobas) Italien prägten das Bild stark. Bemerkenswert ist aber auch die Unterstützung und Teilnahme von Einheits- oder Industriegewerkschaften wie z.B. der Britischen Autoarbeitergewerkschaft. Die Politik von IWF und WTO die durch die jeweiligen Regierungen umgesetzt wird, kann nur von einer sozialen Gegenmacht geschlagen werden. Die Anstrengungen von Globalisierungskritikern, den Charakter und die Folgen von Abkommen wie dem GATS, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, offenzulegen ist wichtig. Allein Aufklärung über die menschenverachtenden Folgen dieser Politik werden die Regierungen nicht zum Einlenken bewegen, sondern Gegenwehr auf der Strasse und im Betrieb. Javier Doz, von einer der beiden wichtigsten Gewerkschaftsverbände in Spanien sagte, „im Juni beteiligten sich 12 Millionen an einem Generalstreik, zwei Millio-





nen demonstrierten. Weitere Aktionen folgten. Die Bewegung war so mächtig, dass sich die Regierung gezwungen sah, viele der Angriffe auf die Arbeiter, die sie vorgesehen hatte, zurückzuziehen.“

Aktivität und Demokratie

Der gestiegene Grad an Selbstaktivität führte zu viel lebendigerer und viel demokratischerer Debatte als auf den vorhergegangenen Gegengipfeln. So gab es auf den Gegengipfeln in Davos und Genua Podiumsgespräche, Debatten im Plenum waren nicht vorgesehen. In Florenz gab es Debatten in den Veranstaltungen. Aber nicht nur dort, sondern auch an den unzähligen Infotischen verschiedener Initiativen, Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften. Viele Leute nahmen sich eigenständig den Raum zur Debatte. Sie setzten sich in verschiedene Ecken, diskutierten und hielten eigene Workshops.

Auf dem Weg nach links

Die Bewegung stellt sich weitergehende Fragen als nur die Globalisierung zu kritisieren. Sie will Zusammenhänge aufzuspüren und sucht Wege, eine Gegenmacht zu schaffen. In diesem Sinne ist sie antikapitalistisch, was nicht bedeuten muss, dass sie revolutionär ist oder eine bestimmte Strategie verfolgt. Diese Radikalisierung hat nicht zu einer Verengung des Publikums geführt. Dort wo die Bewegung wie z.B. in Italien Kämpfe von Arbeitern unterstützt hat, konnten ihre Ideen und Argumente relevant für zehntausende werden, die unzufrieden mit den Folgen neoliberaler und kriegstreiberischer Politik der Regierungen sind. In Diskussionen über die Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung gab es unterschiedlichste Meinungen. Auffällig war, wie sich die Stimmung politisch radikalisiert hat. Der Vorsitzende der Rifondazione Comunista, Fausto Bertinotti, forderte: „Wer vom Neoliberalismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.“ Er bekam ebenso Riesenapplaus wie der britische Professor Alex Callinicos, der sagte „Das Wort Revolution ist wieder auf der Agenda, Selbstbefreiung und Gegenmacht von Unten, das sind die Prinzipien der neuen Welt, die wir wollen.“

Die Rolle von Parteien

Die Rolle von Parteien in der Bewegung war und ist eine vieldiskutierte Frage. Es gibt einen Unterschied zwischen Parteien und Bewegungen. Bewegungen bringen die unterschiedlichsten Menschen in gemeinsamer Aktion zusammen. In Parteien oder politischen Organisationen finden Menschen auf der Grundlage gemeinsamer politischer Grundannahmen, einem einheitlichen politischen Programm und/oder bestimmten strategischen Positionen, zusammen. Es gibt unterschiedliche Parteien. Reformistische, die für die ein oder andere Reform kämpfen, aber

ansonsten das System nicht antasten wollen und revolutionäre, die auf eine grundsätzliche Veränderung aus sind. Es gibt solche, die selbst die Veränderung bewirken wollen und solche, die auf Selbstaktivität und Selbstorganisation setzen. Diese Parteien vertreten unterschiedliche Strategien, Strategien, die auch ausserhalb der Parteien in der Bewegung vorhanden sind. Viele argumentieren, dass die Zurückhaltung von Parteien wie die Rifondazione Comunista den Erfolg des ESF erst möglich gemacht habe. Genau anders herum kommt man der Realität näher.

Das Engagement von Parteien in der Bewegung wie der Rifondazione Comunista in Italien, der LCR in Frankreich oder der SWP in Großbritannien haben einen großen Anteil an der Mobilisierung und dem Erfolg der antikapitalistischen Bewegung und speziell dem Europäischen Sozialforum. Die Schwäche von Parteien wie der PDS ist, dass sie zwar hin und wieder ihre Sympathie mit der Bewegung äußern, aber keinen wirklichen Beitrag zur Mobilisierung ihrer Mitglieder und Sympathisanten leisten.

Parteien oder Organisationen in der antikapitalistischen Bewegung können auch wichtige inhaltliche Beiträge leisten. So hat z.B. das klare und bedingungslose Nein der Rifondazione (und vieler anderer Kräfte in Italien) zum Irakkrieg, die starken Mobilisierungen gegen den Krieg ermöglicht. Anders sah es in Frankreich aus, wo der Aufbau einer breiten Anti-Kriegsbewegung mit dem Argument blockiert wurde, „nur“ gegen Bush zu sein reichte nicht aus. Wer gegen Bushs Krieg sei, müsse auch gegen Saddam und den Terrorismus sein.

Das man in dem einen Land erfolgreich war und in dem anderen nicht, ist nicht der Genialität des einen oder anderen Intellektuellen entsprungen, sondern ist Produkt eines Diskussionsprozesses verschiedener Traditionen, Organisationen und Parteien. Sie aus der Bewegung auszuschließen, heißt der Bewegung diese Erfahrung zu nehmen – auch wenn diese Erfahrung nicht immer richtig sein und dem Test der Praxis der Bewegung unterzogen werden muss.

Bewegungen sind daher immer größer als Parteien. Parteien dürfen von daher nicht den Anspruch haben, eine Bewegung zu schlucken oder ihr ihr Programm aufzuzwingen. Eine Bewegung, die gleich einer Partei ist, ist keine Bewegung mehr. Viele Parteien, oder politische Plattformen in einer Bewegung können Debatten anregen und sind ein wichtiges organisatorisches Moment. Sie können dann eine wichtige Rolle spielen, wenn sie die Bewegung nicht nur als außerparlamentarische Hilfstruppe ansehen und sich nicht nur das Mäntelchen der Bewegung umhängen, um Stimmen zu bekommen und dann ihren Frieden mit dem System schließen.



Italienisch lernen! Die Lehren von Florenz

Der Erfolg von Florenz ist nicht vom Himmel gefallen. Die Proteste in Genua im Juli 2001 gaben nach dem Scheitern des Olivenbaumbündnis, das vor allem dessen Fortsetzen des neoliberalen Kurses geschuldet war, und dem Wahlsieg Berlusconis neuen Mut. „Wir erleben die Geburt einer Bewegung“ – sagte Fausto Bertinotti damals. Zum einen wurde mit Seattle für Aktive aus vielen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften die Möglichkeit sichtbar, zusammenzukommen und sich gemeinsam der Globalisierung von oben zu widersetzen. Mit dieser Erfahrung im Rücken hatte es die tief gespaltene Linke geschafft, trotz Medienhetze und Polizeigewalt, eine

gemeinsame Demonstration auf die Beine zu stellen. „Der größte Erfolg von Genua war, dass wir es geschafft haben, gemeinsam zu demonstrieren“, sagte mir am Vorabend der Proteste einer der Organisatoren des Genua Social Forums. Zum zweiten war es der italienischen antikapitalistischen Bewegung gelungen, durch aktive Unterstützung von Protesten Respekt in der organisierten Arbeiterbewegung zu erlangen. So war es möglich, die aktive Unterstützung und Teilnahme wichtiger Gewerkschaften zu bekommen. So ist eine Dynamik entstanden, wo verschiedene Massenmobilisierungen einander beflügeln und inhaltlich befruchten. Nach dem 11. September ließ sich die Bewegung nicht einschüchtern, sondern mobilisierte. Vor allem gegen Berlusconis Unterstützung für den von den USA aufgerufenen „Krieg gegen den Terror“. Genua und die nachfolgenden Proteste gaben Rückenwind für gewerkschaftliche Gegenwehr. Inzwischen mehren sich die Beispiele wo der Widerstand von Arbeitern und der Bewegung zusammenkommen. Auch die Disobedienti (Ungehorsame), der gemäßigte Teil der Autonomen, orientieren inzwischen auf und beteiligen sich an sozialen Protesten.

„Italienisch lernen“ heißt für die antikapitalistische Bewegung in Deutschland zunächst einen Fokus zu schaffen, wo alle Teile der Bewegung und die Zehntausenden, die etwas gegen Krieg und Neoliberalismus tun wollen endlich zusammenkommen können. Den Rahmen hat die Friedensbewegung gesetzt, die den Aufruf von Florenz aufgenommen hat und im Rahmen des europaweiten Aktionstag am 15.2.2003 eine Großdemonstration gegen den Irakkrieg in Berlin organisiert. Jetzt ist jede Organisation und Initiative gefragt, diesen Rahmen mit Leben zu füllen, sich vorzubereiten, die Demonstration bekannt zu machen und wenn es Anfang Dezember den Aufruf gibt, Unterstützer zu sammeln. „Italienisch lernen“ heißt auch, sich auf soziale Kämpfe zu beziehen, die sich gegen die Folgen der wirt-

schaftlichen Krise – neoliberale Maßnahmen und Entlassungen – richten. Es heißt Selbstaktivität und Selbstorganisation zu unterstützen und mit Argumenten und Ideen zu helfen, diese Kämpfe zu gewinnen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es in den nächsten Wochen im Rahmen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes Streikaktionen geben. Hier Solidarität zu zeigen wäre ein wichtiger Beitrag, Brücken zur organisierten Arbeiterklasse zu schlagen.

Dabei gibt es verschiedene Auffassungen drüber, ob und inwiefern sich der Kampf gegen Krieg und Neoliberalismus bestärken oder behindern: Peter Wahl (Mitglied im bundesweiten Attac-Kokreis) schreibt in seiner ESF-Auswertung: „So wichtig und richtig diese Orientierung (auf den Krieg, C.B.) ist, so birgt sie auch einige Risiken. So besteht z.B. die Gefahr, dass im Windschatten der Auseinandersetzung um den Krieg der neoliberale Kurs relativ ungestört fortgesetzt und das Potential der kritischen Kräfte davon völlig absorbiert wird.“ Ja, die Herrschenden greifen an verschiedenen Fronten an und sie werden auch immer versuchen, die übelsten Taten zu kaschieren und zu rechtfertigen. Einen Gegensatz zwischen dem Kampf gegen Krieg und Kampf gegen Sozialabbau aufzumachen ist aber nicht richtig, da es kein limitiertes Potential kritischer Kräfte gibt. Die Frage ist, ob das bereits in irgendeiner Form organisierte „kritische Potential“ meint, es sei die Bewegung oder den Anspruch an sich stellt, die Bewegung zu vergrößern und zu verbreitern und Brücken zu realen sozialen Kämpfen zu bauen. Eine Massenbewegung gegen den Krieg kann zeigen, wie der Kampf um den Sozialstaat zu gewinnen ist: Durch Kampf von unten, der Druck auf die Regierung macht. Die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Anti-Kriegs-Bewegung war eine Ermutigung für Kämpfe in anderen Bereichen. In Italien und England hat die Anti-Kriegs-Bewegung so nicht nur „das Potential kritischer Kräfte“ gebunden, sondern viele neue Kräfte freigesetzt. In beiden Ländern gibt es Streiks. Ein offensiver Streik in Deutschlands öffentlichem Dienst hätte zweifelsohne auch eine ermutigende Wirkung auf die antikapitalistische Bewegung und die gegen den Krieg. Doch darüber hat – mit Verlaub – natürlich weder Attac noch irgend eine andere Instanz der antikapitalistischen Bewegung zu entscheiden. Sie kann – und muss – „nur“ vorhandene Kämpfe unterstützen.

*De-
mons-
trationszug
in Florenz beim
Europäischen Sozialforum
(foto: attac-köln)*



Florenz hat in diesem Sinne auf jeden Fall frischen Wind und wichtige Erkenntnisse für die weitere Entwicklung der antikapitalistischen Bewegung gegeben. Die Teilnahme von ca. 1000 Leuten aus Deutschland – darunter einzelne Gewerkschafter, viele Leute aus dem Attac-Spektrum und besonders zahlreich die Studenten – zeigt angesichts einer eher zögerlichen Mobilisierung ohne ein gemeinsames politisches Projekt im Vorfeld das Potential.

Viele Organisationen, so z.B. Attac, hätten – über die Individuen in verschiedenen Städten und auf Bundesebene, die sehr viel Energie in die Mobilisierung und Vorbereitung gesteckt haben, hinaus – weitaus mehr Menschen nach Florenz bringen können.

Zum Glück gibt es einen zweiten Versuch: Eigene Pfeiler für den weiteren Aufbau der europaweiten Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg stehen schon. Der europaweite Aktionstag gegen den Krieg am 15.2. und der nächste G8-Gipfel im französischen Evian im Juni 2003 sind zwei wichtige Schritte auf dem Weg zum nächsten Europäischen Sozialforum in Saint Denis bei Paris. Genug Zeit, um Italienisch zu lernen.

Infos zum Europäischen Sozialforum: www.dsf-gsf.de oder www.fse-esf.org



Demonstrantin auf Kölner Demo gemeinsam mit Gewerkschaftsjugend gegen Privatisierung der Bildung (foto: sam@linksnet.de)

Von Florenz nach Paris!

Wie weiter mit dem Europäischen Sozialforum?

von
Hugo Braun

Attac
Koordinierungskreis

Ja, der Ort für das nächste Europäische Sozialforum steht schon fest. Es ist die traditionsreiche Pariser Vorstadt St. Denis. Ohne größere Diskussionen haben unsere französischen Freunde diesen Vorschlag noch in Florenz präsentiert und ebenso spontan hat die Versammlung der Sozialen Bewegungen ihn akzeptiert.

Jahrzehnte lang gehörte St. Denis mit kommunistischen Bürgermeistern zum „roten Gürtel“ von Paris. Noch heute ist es von seiner Bevölkerungsstruktur her eine Arbeiterstadt – jedoch mit der Neuerung, dass es Sitz der Pariser Universität VIII ist, die nicht nur linke studentische Bewegung gebracht sondern auch kluge Theoretiker emanzipatorischer Denkschulen angelockt hat.

Vom 12. bis 16. November kommenden Jahres soll nun das ESF II weitgehend nach dem Vorbild von Florenz stattfinden, also mit thematischen Schwerpunkten, die in großen Konferenzen diskutiert und die in Seminaren und Workshops vertieft werden sollen.

In Frankreich wurde ein Initiativbeirat für das ESF 2003 eingerichtet. Er vereint die verschiedensten Akteure der französischen Zivilgesellschaft, die gemeinsam bestätigen und zeigen wollen, dass „eine andere Welt möglich ist“.

Dieser Beirat organisiert am 7. und 8. Dezember 2002 ein an alle europäischen Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft:

- Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, Einrichtungen der Volksbildung,
- lokale Entwicklungs-, internationale Solidaritäts-, Umweltschutz- und
- Menschenrechtsbewegungen, Netzwerke für eine sozial gerechte und
- solidarische Wirtschaft, Bewegungen der „-losen“ und gegen
- Ausgrenzung, Jugend-, Ausländer-, Bauern- und Friedensbewegungen,
- Frauen-, Kultur-, Wissenschaftler- und universitäre Netzwerke ..., die sich im WSF und im ESF engagieren, gerichtetes Treffen, mit den folgenden Zielen:
- Diskussion eines Vorschlags zur Einrichtung eines europäischen Arbeitsrahmens für das ESF 2003 in Paris und Saint-Denis,
- Einrichtung eines „Europäischen Orientierungsrates (EOR) des ESF 2003“.

Auch in Deutschland hat die Vorbereitung begonnen. Am 1. Dezember trafen sich Aktive aus dem Vorbereitungsprozess für Florenz, um positive wie negative Lehren aus der vergangenen Arbeit zu ziehen und um die Mobilisierung für Paris zu starten. Diese Vorbereitungsgruppe wird in St. Denis vertreten sein. Es wurde außerdem beschlossen, am 16. Februar (dem Tag nach der bundesweiten Antikriegsdemonstration) in Berlin ein Treffen aller Florenzfahrer und aller Interessierten am ESF zu veranstalten, auf dem der Startschuss für die aktive Vorbereitungsphase fallen soll. In Berlin wird es auch eine erste Diskussion über eine Initiative für ein Sozialforum in Deutschland geben. Ein Mangel der bisherigen Vorbereitungsarbeit ist das Fehlen wichtiger Partner der deutschen Zivilgesellschaft. Zwar sind die Gewerkschaften schon so halb dabei und denken in ihren Vorständen über ein größeres Engagement nach. Doch sind kirchliche Gruppen bislang überhaupt nicht vertreten.

Es gibt also noch viel zu tun! Die Einladung zum 16. Februar nach Berlin gilt für alle, die bei uns daran mitarbeiten wollen, ein anderes Europa möglich zu machen.

Die Grenzkontrolle bei der Einreise war eine Demonstration in Sachen „Demokratie“ in Berlusconi Italien. Wir kamen mit dem Kölner Bus um 5:30 Uhr mittwochs Morgens an der italienischen Grenze an, mussten dann fast zwei Stunden warten, bis wir, nachdem einige andere Reisebusse vor gelassen wurden, eine einstündige Kontrolle mit allen Schikanen über uns ergehen lassen mussten. Alle Ausweise wurden eingesammelt, und, wie ich selbst beobachtete, alle kopiert und mittels Computer überprüft.

Alle Businsassen wurden, umringt von zig Polizisten, man war quasi eingekesselt, penibelst abgetastet und durchsucht, anschließend wurde jede Tasche geöffnet, ausgeräumt und durchsucht. Auch im Bus wurde alles durchsucht. Mehrere Schweizer Taschenmesser und ein Spannungsprüfer (kleiner Schraubenzieher) wurden konfisziert. Diese Prozeduren dauerten eine weitere Stunde, ehe wir dann unsere Ausweise zurück bekamen und erfahren mussten, dass 2 oder 3 [ich weiß nicht mehr genau] von uns aus „Gründen der Nationalen Sicherheit“ – welche das sind, durften die auch sonst nicht gerade netten Grenzpolizei-polizisten uns leider nicht sagen – nicht nach Italien einreisen dürfen. Ein blöder Zufall mag dabei wohl sein, dass ausgerechnet diese Leute in Göteborg auf dem EU-Gipfel mit dabei waren und aufgeschrieben wurden. Die Leute mussten den Bus sofort verlassen und wurden angeblich von der Polizei zum nächsten Bahnhof gefahren.

Die Prozeduren zur Einschüchterung gingen soweit, dass sogar einer der Busfahrer schließlich sauer wurde und anfang, die Grenzpolizisten anzuschreien, sie sollten ihn und uns in Ruhe lassen und so weiter ...

Außerdem fiel den Kölnern schon in Köln auf, als der Bus an der Haltestelle auf alle wartete und sie das Gepäck einluden, ein Auto mit Polizisten in Zivil dies beobachtete und dem Bus noch ein gutes Stück folgte. (Die Zivilpolizisten waren so blöd, und hatten ihr Blaulicht zwar nicht auf'm Dach, dafür aber gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe deponiert) Haben deutsche Behörden Daten und Informationen an das italienische Innenministerium weiter gegeben? Dies hielte ich für einen Skandal. Dies muss nach diesen Aktionen als möglich angesehen werden mus.

Während der Weiterfahrt von der Grenze durch Italien wurden wir noch zwei mal von der Polizei aufgehalten und kontrolliert. Das erste mal auf einem Rastplatz mit der fadenscheinigen Begründung, sie wollten kontrollieren, ob der Bus auch vorschriftgemäß einen Feuerlöscher und einen Verbandskasten an Bord hat.

Zum Zweiten mal dann, als wir durch eine Zahlstelle gefahren sind, diesmal unter dem Vorwand, die Führerscheine und Lenkzeiten der Busfahrer überprüfen zu wollen. Natürlich wurde noch ganz beiläufig von der Polizei nach einer Liste mit den Namen aller Businsassen verlangt.

Eine Busfahrt nach Florenz

von Michael Bauer

Schüler aktiv bei attac-Saar

Großes Polizeiaufgebot in Florenz (foto: attac-köln)



Am Freitagmorgen, den 15.11., wurden in Süditalien zwanzig Globalisierungskritiker verhaftet und in Hochsicherheitsgefängnisse verbracht. Einige von ihnen waren maßgeblich an der Organisation des ersten Europäischen Sozialforums beteiligt, das völlig friedlich verlief. Abgehörte Telefongespräche und andere Materialien, die die Staatsanwaltschaft von Cosenza vorlegt, sollen nicht etwa kriminelle Handlungen beweisen, sondern ein Gesinnungsverbrechen: »Konspiration«, ein Straftatbestand, der in Italien unter Mussolini eingeführt wurde.

attac-Saar sieht in den Verhaftungen einen neuen Versuch, die globalisierungskritische Bewegung zu kriminalisieren und zu zerschlagen, nachdem sie in Florenz am 10.11. eine friedliche Massendemonstration für Frieden und Demokratie organisiert hatte, an der bis zu eine Million Menschen teilnahmen.

Aus Protest dagegen sind am gestrigen Dienstag drei Aktive von attac-Saar im Italienischen Konsulat in Saarbrücken vorstellig geworden, um der Konsulin den unten stehenden offenen Brief zu überreichen. Die Konsulin war im Hause, fand aber keine Zeit, die Kritiker zu empfangen. Eine Reaktion wurde in Aussicht gestellt.

Solidaritätskampagne von **attac-Saar**

Nach der Verhaftung von 20 Globalisierungskritikern in Italien: attac-Saar übergibt einen offenen Brief an das Italienische Konsulat in Saarbrücken.



Polizei hielt sich in Florenz zurück. Auf der Hinreise kam es jedoch zu Schikanen durch die Polizei (foto: attac-köln)

Sehr geehrte Konsulin Ventriglia,

attac-Saar teilt die Sorgen, die im unten stehenden offenen Brief des Journalisten Günter Melle geäußert werden, und stellt dieselben Fragen an den Präsidenten der Republik Italien und ihren Botschafter in der Bundesrepublik.

Wir fügen hinzu, dass das erste Europäische Sozialforum in Florenz die vielfältigen Versuche, die globalisierungskritische Bewegung in die Nähe von Gewalttättern zu stellen, widerlegt und lächerlich gemacht hat. Viele der Festgenommenen haben dieses völlig friedliche Ereignis, an dem auch Aktive von attac-Saar teilgenommen haben, maßgeblich organisiert.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass der Brief seine Adressaten erreicht und beachtet wird. Tun Sie auch Ihr Möglichstes, damit die Verhafteten schnell aus der Haft entlassen werden und einen fairen Prozess bekommen, wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kommt!

Offener Brief, **16.11. 2002**

Herr Präsident der Republik Italien
Herr Botschafter der Republik Italien

Wie Ihnen bekannt ist, laufen seit den frühen Morgenstunden des 15.11.2002 in Napoli, Cosenza, Taranto, Reggio Calabria, Vibo Valenzia Verhaftungen von bekannten Aktivisten der Sozialforen. Als freier Journalist, der noch vor einer Woche in Florenz über das historische und äußerst eindrucksvolle Ereignis des Europäischen Sozial Forums berichtete und die Entwicklungen der italienischen Gesellschaft aufmerksam verfolgt, bin ich sehr besorgt über die Vorgehensweise der Staatsorgane. Sie erinnert an die dunkelsten Zeiten Italiens, in denen die Demokratie stranguliert wurde. Bereits im Juli 2001 hat die amtierende Regierung gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, gesellschaftliche Konflikte in ziviler Weise zu lösen und hat über die ehrwürdige Stadt Genua den Ausnahmezustand verhängt und den Tod einer ihrer Söhne zu verantworten.

5 Tage nach Beendigung einer friedlichen Veranstaltung der Gegner einer neoliberalen Globalisierung, auf der Menschen aus ganz Europa zusammenkamen und über Gestaltungsmöglichkeiten berieten und diskutierten, schickt sich die amtierende Regierung nun an, das zu verwirklichen, was ihr angesichts einer durch Genua sensibilisierten internationalen Öffentlichkeit nicht gelungen ist: die Unterdrückung und Zerschlagung einer demokratischen Bewegung. Dabei stört es sie nicht, dass ihr Ansehen im Ausland erheblich Schaden leidet, bei einer durchweg widersprüchlichen Vorgehensweise.

So wurden die Haftbefehle gegen die Beschuldigten Caruso, Cirillo und Fonzino bereits zwei Tage vor Beginn des Europäischen Sozialforums in Florenz ausgestellt. Warum wurden sie aber dann nicht vollstreckt bei einer so schwerwiegenden Beschuldigung verfassungsfeindlicher Aktivitäten und des Versuchs in der toskanischen Hauptstadt Zustände wie in Genua zu schaffen? Warum wird ein Journalist wie Francesco Cirillo aus Cosenza unterstellt, die verfassungsmäßige Ordnung zu bekämpfen und die Bildung einer kriminellen Vereinigung zu betreiben, wo er doch seit Jahren die italienische Konstitution gegen die Dreieinigkeit von Geld, Mafia und korrupter Politik in Kalabrien verteidigt? Wurde ihm nicht vor Monaten ein Sprengsatz in seinem Auto installiert, weil er über die Zerstörung eines der schönsten Naturschutzgebiete Europas berichtete? Hat er nicht darüber informiert, wie in dieser Region ganz manifeste Interessen der großen Konzerne in rechtswidriger Weise durchgesetzt werden? Ist er der Regierung in Rom zu heiß geworden,

weil er den Berichten des schottischen Journalisten Nic Outterside zum Verschwinden von radioaktivem Material in der Basilicata nachging, das in die Hände der Mafia gelangt sein könnte?

Eine der inhaltlichen Kritiken der Neoliberalisierungsgegner betrifft die immer engere Verstrickung von Politik und Kriminalität. Bestätigt nicht gerade die jetzige Vorgehensweise diese Sicht der Entwicklungen erneut? Stellt sie die amtierende Regierung nicht, bei noch so objektiver Betrachtung der Dinge, genau in diesen Rahmen? Was wird mit den Journalisten in Sizilien geschehen, die ebenfalls über die Beteiligung dieses kriminellen Potentials bei den Plänen zum Bau einer Brücke über die Meerenge von Messina berichten?

Als ein Freund Italiens und mit familiären Wurzeln in Calabrien bin ich äußerst besorgt über das schwindende Ansehen ihres Landes im Ausland und über seine undemokratische Entwicklung und ich frage mich, wann die ersten Leader der demokratischen Parteien wieder gezwungen sind ins Exil zu gehen oder wann der x-te Putschversuch in der Nachkriegsgeschichte Italiens erneut das Blut seiner Bürger fordert. Wir leben heute in einem Europa, das enger zusammengewachsen ist und Italien - nicht zuletzt wegen seiner vielen Emigranten, die ihre Erde nicht mehr ernährte - keine Unbekannte in Deutschland mehr darstellt. Und als Europäer mische ich mich ein und möchte Ihnen meine Empörung über diese erneuten staatlichen Repressionen gegen die Aktivisten der Bewegung gegen diese Globalisierung ausdrücken.

Günter Melle



*Massenaufgebot der Polizei und globale Repression sollen GlobalisierungskritikerInnen einschüchtern.
(foto: attac-köln)*

Ermutigt und erfreut durch den frischen Schwung vom Europäischen Sozialforum in Florenz, wo 60000 Menschen an den Diskussionen über Widerstand gegen den Krieg und gegen Neoliberalismus teilgenommen haben, und wo bis zu einer Millionen Menschen gegen den Irak-Krieg demonstriert haben, ist ATTAC-Dänemark nun bereit für den EU-Gipfel in Kopenhagen.

Das Thema des offiziellen Gipfels wird ohne Zweifel die Osterweiterung sein. Angesichts der hohen Anforderungen an die Beitrittsländer wirft die Erweiterung zahlreiche wichtige Fragen und Probleme auf. Vor allem im Bereich Landwirtschaft wird der Beitritt zur EU soziale Probleme in Mittel- und Osteuropa mit sich bringen. Für ATTAC-Dänemark bedeutet die Erweiterung eine Herausforderung der wir mit einer Stärkung unserer Verbindungen mit Bewegungen in Mittel- und Osteuropa begegnen werden.

Der Gipfel erhebt für uns aber auch viele weitere Fragen bezüglich der EU. Eigenständig und innerhalb des Rahmens der „Initiative Towards a Different Europe“ (Initiative für ein anderes Europa) und dem NGO-Forum wird ATTAC-Dänemark die öffentlichen Dienstleistungen sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene hervorheben. Es findet zur Zeit eine Entwicklung statt, die Demokratie und Wohlstand bedroht.

Die neue Wirtschaftsstrategie der Europäischen Union, genannt Lissabon-Strategie, zeigt, dass Privatisierung und Wettbewerb Teil einer Strategie zum Aufbaue einer wirtschaftlichen und militärischen Supermacht geworden sind. Lokal und international sollen multinationale Mega-Unternehmen öffentliche Dienstleistungen übernehmen um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Dienstleistun-



Am Freitag den 13. Dezember wird um 14:00 Uhr in der Schule der feinen Künste (Arkitektkolen, Holmen, Kopenhagen) das NGO Forum (eine lockeres Netz aus 60 Organisationen) eine Debatte zwischen NGO-Vertretern und dem offiziellen Gipfel organisieren. Eine der Diskussionen ist zu Privatisierung. ATTAC-Dänemark arbeitet mit einer Studenten-Organisation zusammen um eine Debatte mit Tony Blair, Pascal Lamy und/oder Jacques Chirac zu diesem Thema zu führen. Vertreter sozialer Bewegungen in dieser Diskussion wird – neben anderen – Oskar Olivera aus Bolivien sein, ein Gast ATTAC-Dänemarks und der „Initiative Towards a

Different Europe“. Oskar Olivera war an der Spitze des Kampfes gegen Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien vor zwei Jahren. Ein europäischer Transnationaler Konzern spielte eine besonders schlechte Rolle während der Ereignisse in Bolivien.

Die dänische Regierung hat sich sehr für die Idee einer Diskussion zwischen „den Parteien“ eingesetzt. Neuerdings scheint die dänische Regierung sich jedoch von ihrem Versprechen zurück zu ziehen, so dass der Videolink nicht sicher ist. Die Entwicklungen sind auf der Website des NGO Forum zu verfolgen: www.ngoforum2002.dk

gen sollen in den Verantwortungsbereich einer immer dominierenderen Wirtschaft gestellt werden, Solidarität und Wohlfahrt geraten immer weiter in den Hintergrund.

Das GATS-Abkommen und die Rollen der EU in den Verhandlungen ist ein Ausdruck derselben Tendenz. Hier spielt die Europäische Union eine negative Rolle, indem sie zum Beispiel die Privatisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern vorantreibt.

ATTAC-Dänemark freut sich Gastgeber und Co-Gastgeber für Aktivitäten während des Gipfels zu sein, die Bewegungen hoffentlich Schwung geben und gute und schlechte Tendenzen in Europa ans Licht bringen. Die Aktivitäten werden lehrreich und kreativ in ihren Formen und Inhalten sein und ein vielseitiges und demokratisches Europa repräsentieren.

Nein zur Herrschaft der Konzerne! Nein zur Kommerzialisierung der öffentlichen Dienstleistungen! Demokratie in Europa und in der Welt! Dienstleistungen für Solidarität – nicht für Profit!

ATTAC-Dänemark stellt sich gegen diese Entwicklung. Dies ist nicht das Europa, das wir uns wünschen! Während des Gipfels zielen unsere Aktivitäten auf den Beginn einer kritischen Diskussion und auf eine Stärkung der Bewegung gegen Privatisierung und Wettbewerb. Unser Anliegen ist mehr Demokratie und Wohlfahrt.

Der Bedrohung des Krieges gegen den Irak muss durch zahlreiche Proteste aller Menschen in Kopenhagen begegnet werden, darunter Menschen aus Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland und Italien. Tony Blair und andere Kriegstreiber sollen Kopenhagen mit dem Bewusstsein verlassen, dass sie hier keine Unterstützung haben.

Von Florenz nach Kopenhagen

Stellungnahme von Attac-Dänemark (17. November 2002)

(übersetzt von Frauke Thies)

Diskussion mit offiziellem EU-Gipfel – Videolink

Während des EU-Gipfels werden Staatspräsidenten und tausende Journalisten in Kopenhagen versammelt sein. Dies geschieht in einer Zeit, in der Ausländerfeindlichkeit überall in Europa wächst und in der ausländerfeindliche Rechts-Parteien in Dänemark, Italien und Österreich in Positionen sind, die ihnen erlauben, die Politik gegenüber Flüchtlingen und Immigranten zu diktieren. Während ethnische Minderheiten zunehmende Diskriminierung in den Ländern der EU erfahren, streben europäische Staatsführer den Bau einer Festung um Europa an, um Flüchtlinge mit allen möglichen Mitteln auszuschließen.

Die dänische rechts-Regierung hat ihre Politik gegenüber ethnischen Minderheiten bereits verschärft. Obwohl die dänische Regierung oft die Verteidigung von Menschenrechten gelobt, sind viele der neuen Regierungsinitiativen Diskriminierungen und Verletzungen der Rechte ethnischer Minderheiten und gefährden die Möglichkeit ethnische Minderheiten als dänische Staatsbürger mit gleichen Rechten zu integrieren. Der dänische Minister für Integration und europäische Beziehungen Bertel Haarder hat erklärt, dass die dänische Regierung ihren Vorsitz auf dem EU-Gipfel nutzen wird, um die gemeinsame Asylpolitik der Union voranzutreiben und es damit eine Einreise für Flüchtlinge nach Europa weiter zu erschweren.

Die Initiative for Another Europa wird den EU-Gipfel nutzen um zu zeigen, dass sich progressive Kräfte überall in Europa vereinen, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Wir wer-

den der Welt zeigen, dass es ein anderes, toleranteres und verantwortlicheres Dänemark gibt, als das offizielle Bild, das von der dänischen Regierung gezeichnet wird und das eins der ausländerfeindlichsten Länder in Europa darstellt.

Während des EU-Gipfels in Kopenhagen wird die Initiative for Another Europa verschiedene Aktivitäten organisieren, zu denen eine große öffentliche Diskussion über die Rechte von Einwanderern und die Errichtung einer Festung Europa abends am Donnerstag den 12. Dezember und eine Demonstration gegen wachsende Ausländerfeindlichkeit in Europa am Freitag nachmittag den 13. Dezember gehören.

Die politische Agenda der Demonstration:

- Flüchtlinge haben ein Recht auf Asyl – keine Festung Europa und kein Schengen
- Eine Verteidigung von Menschenrechten und internationaler Solidarität – gegen die ausländerfeindliche Politik der dänischen Regierung
- Gleiche Rechte für alle Bürger – gegen Diskriminierung und Rassismus
- Gleiche Löhne für gleiche Arbeit, unabhängig von der Hautfarbe – gegen diskriminierende „Integrations-Subventionen“ und „Start-Löhne“

Zeit und Ort für die Demonstration

Enghave Plads, Freitag, 13. Dezember um 17 Uhr

Demo gegen Rassismus und eine Festung Europa

Demonstration gegen wachsenden Rassismus in Europa

Freitag, 13. Dezember in Kopenhagen

(übersetzt von **Frauke Thies**)

Programm:

Freitag, 13. Dezember

14:00–16:00 Uhr: Ankunft im „Dannerhuset“ (Das Frauenhaus)

Informationen über alternative Veranstaltungen in Kopenhagen während des Wochenendes und eine Einführung zu den Veranstaltungen für Frauen unter dem Thema: „Das Leben von Frauen in einer globalisierten Welt: Wie können ihre Bedingungen gesichert und verbessert werden?“

21:30 Uhr: Sozialer Abend mit Zusammenkommen und Essen für die Teilnehmer des Seminars im „Dannerhuset“

Samstag, 14. Dezember

Wir nehmen an den Demonstrationen und Veranstaltungen in Kopenhagen teil

16:00 Uhr: Offenes Haus im „Dannerhuset“ – nur für Frauen: Essen, Ausstellungen, Musik, Zusammentreffen, etc.

Sonntag, 15. Dezember

10:00–13:00 Uhr: Seminar über Frauen und die EU im „Dannerhuset“: „Das Leben von Frauen in einer globalisierten Welt: Wie können ihre Bedingungen gesichert und verbessert werden?“

- „Frauen in den nordischen Ländern – auf dem Weg zu gleichen Chancen und Frei-

heiten?“ – Eröffnungsrede von Agot Valle, Norwegen, Vize-Vorsitzende von „No to EU“ und Vorsitzende des Frauenkomitees, Parlamentsmitglied für die Soziale Linke Partei (SV) und Mitglied der Präsidentschaft von „Stortinget“ (das Norwegische Parlament)

- „Frauen und Privatisierung – ist Großbritannien ein Modell für die zukünftige EU?“ – Eröffnungsrede: noch offen
 - „Frauen im mediterranen Europa – die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft“ – Eröffnungsrede von Maria José Aubet, Barcelona, Spanien
 - „Frauen in Osteuropa – Erwartungen eines besseren Lebens in der EU?“ – Eröffnungsrede: Párla Eglite, Zentrum für Frauen-Studien, Lettland
- Im Anschluss an die Reden wird es Fragen und Diskussion geben
- 13:00–14:00 Uhr:** Abschlussdiskussion wie Frauen-Netzwerke in Europa erweitert und gestärkt werden können.

Um am Zusammentreffen am Freitag und am Treffen am Sonntag teilnehmen zu können, sollte ein Anmeldebogen ausgefüllt werden, der bei Inger V. Johnasen erhältlich ist:

Frauen-Veranstaltungen

Inger.v.johansen@get2net.dk
Die anderen Frauen-Veranstaltungen sind offene Veranstaltungen.

Im Anmeldebogen kann auch eine Unterbringung für eine begrenzte Anzahl Frauen in Privatunterkünften erbeten werden.

Redner kommen aus Dänemark, dem restlichen Europa, Asien und Lateinamerika
Der Haupt-Slogan lautet: Our world is not for sale – people before profit (Unsere Welt ist keine Ware – Menschen vor Profit)

Andere politische Slogans sind:

- For Peace and International Cooperation – No to war against Iraq (Für Frieden und internationale Kooperation – Nein zum Krieg gegen Irak)
- Strengthen democratic rights – Not to the terror packages of the EU and government-leaders! (Stärkt demokratische Rechte – nicht die Terrorpakete der EU und der Staatspräsidenten)
- For a multicultural society – No to Fortress Europe and racism (Für eine multikulturelle Gesellschaft – Nein zur Festung Europa und Rassismus)
- For peace and international co-operation – Not to the militarization of EU! (Für Frieden und internationale Zusammenarbeit – Nein zur Militarisierung der EU)
- Solidarity with Eastern Europe – for equality between countries – No to neo-liberal demands for accession to EU! (Solidarität mit Osteuropa – für Gleichheit zwischen den Staaten – Nein zu neoliberalen Forderungen für den EU-Beitritt!)
- Environmental considerations are more important than considerations of profit! (Umweltbelange sind wichtiger als Profit!)
- International solidarity – Cancel the debt of the Third World and create "fair trade"! (Internationale Solidarität – Canclet die Schulden der Dritten Welt und schafft Fairen Handel!)

Im Anschluss an die Demonstration findet eine andere Straßenveranstaltung statt: Das „Peoples Gathering“. Es beginnt am Enghave Plads, direkt nachdem die Demonstration beendet ist.

Das Gathering ist vom NGO-Forum (www.ngoforum2002.dk) und beinhaltet eine Vielzahl von Rednern und Unterhaltung:

Zu den Redner gehören:

- Ezra Mbogori (Generalsekretär, MWENGO, Zimbabwe)

Die einzige Alternative sind Unterbringungen in Schulen in Kopenhagen. Zimmer in Hotels und Jugendherbergen sind knapp und die Kosten müssen selbst getragen werden. Anmeldungen zum Seminar bitte möglichst bis zum 30. November, Teilnahmegebühr 7 Euro

- Against the neo-liberal dictates made by The International Monetary Fund (IMF), The World Trade Organization (WTO) and the European Central Bank (ECB) (Gegen das neoliberale Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) und der Europäischen Zentralbank (EZB))

- For a sustainable agricultural production – No to the agricultural policy of the EU! (Für eine nachhaltige Landwirtschaft – Nein zur Landwirtschaftspolitik der EU!)

Redner:

- Oscar Olivera (Bolivien, Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida)
- Tobias Pflüger (Anti-Kriegsbewegung, Deutschland)
- Vandana Shiva (Indien)
- Anton Flink (Schweden, The Transport Workers Union)
- Thomas Terlecki (Bankwatch, Polen)
- Ole Krarup (The Popular Movement, Dänemark)
- Pernille Rosenkrantz-Theil (MP Dänemark, Enhedslisten/Red Green Alliance)
- Holger K. Nielsen (MP Dänemark, Vorsitzender der SF/Sozialistischen Volkspartei)

Die Demonstration startet um 11:45 Uhr von „Christiansborg Slotsplads“ durch die Innenstadt Richtung Vesterbro.

Im Anschluss an die Demonstration wird AT-TAC-Dänemark mit einer Vielzahl von Organisationen mit dem Peoples Gathering fortfahren, das in der Nähe des Demonstrationsendes stattfindet.

- Hardy Hansen (früherer Vorsitzender der dänischen Gewerkschaften, Dänemark)
 - Magda Stoczewicz (Bank Watch, Polen)
 - Ole Krarup (MEP; Peoples Movement against the EU, Dänemark)
 - Kim Carstensen (Generalsekretär, World Wildlife Foundation, Dänemark)
 - David Cockroft (Generalsekretär, International Transportation Federation, Großbritannien)
 - Drude Dallerup (June Movement, Dänemark)
- Wir werden also mehrere Stunden auf der Straße verbringen. Kopenhagen kann zu dieser Jahreszeit kalt sein, aber Kaffee und Suppe werden vorhanden sein.

Unsere Welt ist keine Ware – Menschen vor Profit

Internationale Demonstration in Kopenhagen am 14. Dezember um 11:00 Uhr vor Christiansborg Slotsplads

Europäische und Internationale Demonstration und „Volksversammlung“
Organisiert von der Initiative on a different Europe.

Peoples Gathering

Privatisierung ist auf der globalen Agenda. Grosse private Unternehmen wollen aus öffentlichen Dienstleistungen Investitionsgüter machen und streben nach Kommerzialisierung. Wohlfahrt, Demokratie und Umwelt bleiben wieder und wieder auf der Strecke.

Wir können etwas dagegen tun. Viele haben schon angefangen

Bei diesem öffentlichen Treffen werden sich verschieden Gruppen und Individuen versammeln, die von der fortschreitenden Privatisierung betroffen sind. Gewerkschaften, Umweltschützer, die Globalisierungskritiker-Bewegung und viele mehr, auch diejenigen, die einfach nur neugierig sind. Wir werden darüber diskutieren, was derzeit auf der globalen Ebene in den GATS-Verhandlungen und bei der Weltbank geschieht, auf der Ebene der EU und in Dänemark. Aber wir werden nicht nur Standpunkte und Erfahrungen austauschen, sondern wir werden an der Zukunft arbeiten. Können wir dies zusammen auf einem dänischen, skandinavischen oder europäischen Level? Was sind die wichtigsten Themen zur Zeit und was tun wir?

Programm:

1. Introduction (10–12)

- The Global Wave of Privatisation Speaker: Asbjørn Wahl, „For the Welfare State“, Norway
- „Enlargement: Privatising for TNC’s Speaker: Tomasz Terlecki, Bankwatch, Poland
- „Water as a Common Property or Commodity“ Speaker: Oscar Olivera, Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida, Bolivia
- „Privatising Nature“ Speaker: Vandana Shiva, author and activist, India

2. The Consequences and What to do about them (parallel seminars)

13.30–15.00 (parallel debates)

- A...** „Liberalisation of Railroads: Attack on Service, Safety and Workconditions“ Invited speaker: Christian Wolmar, journalist and author of „Broken Rails“
- B.** „Energy Liberalisation: Getting Rid of Sustainable Energy and Democracy“ Speakers: Professor Niels I. Meyer and David Gibson, Electricity Workers-Copenhagen
- C.** „Corporate Lobbying and privatisation in the European Union“ Speaker: Erik Wesselius, Corporate Europe Observatory, Amsterdam
- D.** „The Labour Movement, Competitive Tender and Privatisation“ Speakers: Asbjørn Wahl (For the Welfare State, Norway) and Dennis Kristensen (Chairman of the Confederation of Workers in the Public Sector, Denmark)

3. Workshops

A number of workshops will be prepared and moderated by the organisers. Other groups - including groups from abroad are also invited to set up a workshop.

It is our hope that from the workshops a number of ideas for common action, coor-

dination or simply exchange of experiences and information will emerge. Among the subjects on the agenda are;

- The Labour Movement and Privatisation (BUPL-Copenhagen)
- The Attack on Environmental Regulation and Democracy (ATTAC-Denmark)
- Nordic Cooperation on Privatisation (Tord Björk from FoE-Sweden and Thomas Wallgren from FoE-Finland)

4. Final Debate

Speakers are invited to provide input for the conclusions. Moderators from workshops will give feed-back, and a number of important upcoming events will be highlighted. Everybody is welcome and admission is free. The language will be english. The conference is organised by the Initiative Towards a Different Europe and a number of Labour organisations; PMF (Confederation, public sector, childcare), BUPL-Copenhagen, SiD Youth-Copenhagen, Trafficworkers-Copenhagen, FOA-SoSu and FOA-KLS (Public sector), SiD-Silkeborg, and HK Stat-Copenhagen

The conference is part of the NGO Forum. The full programme of the programme can be viewed at www.ngoforum2002.dk

Praktische Information

- Grenzkontrolle: Grenzkontrolle von Bussen ist zu erwarten. Nach Angaben der Regierung besteht keine Gefahr, dass ganze Delegationen/Busse an der Grenze zurückgewiesen werden. Allerdings hat die Regierung bekannt gegeben, dass Menschen abgewiesen werden, die mit konkreten Plänen zur Verletzung von Gesetzen in Kopenhagen verbunden sind. Die „Initiative Towards a Different Europe“ hat zugesagt, Aktivisten mit Problemen an der Grenze zu helfen.
- Unterbringung: Dank des NGO Forum haben wir gute Möglichkeiten zur Unterbringung anzubieten. „Margaretheolmen“ war bis vor kurzem ein Zentrum für Flüchtlinge und liegt mitten im Zentrum von Kopenhagen, an einem schönen, ruhigen Ort. Dort könnte ihr für zwei Nächte (12.–15. Dezember) für 15 Euro schlafen und frühstücken. Anmeldung: http://www.ngoforum2002.dk/www_settings/index.asp?id=124
- Die bundesweite EU-AG von attac-Deutschland bietet die Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten an. Wenn Ihr eine Mitfahrgelegenheit sucht oder noch jemand mitnehmen könnt, meldet Euch unter kopenhagen@attac.netzwerk.de.

Aufruf zur Gewaltfreiheit

Wir, eine breite Gruppe von NGOs, Bewegungen und Organisationen, unterstützen keine Gewalt und werden aktiv versuchen, gegen Gewalt als einem Mittel zur Äußerung im politischen Dialog zu arbeiten. Wir werden uns bei unserer Arbeit darum bemühen, dass alle unsere Aktivitä-

„Unsere Welt ist keine Ware!“

Eine Konferenz zu Privatisierung, Wettbewerb und Alternativen

**Sonntag,
15. Dezember
10:00–18:00
Uhr, School
of Arcitecture,
Holmen,
Kopenhagen**

**(übersetzt von
Frauke Thies)**

ten und Demonstrationen vor und während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft manigfaltig und bunt werden und friedlich stattfinden ohne Gewaltakte, weder von Seiten der Demonstranten, noch von Seiten der Behörden.

Wir hoffen Euch in Kopenhagen zu sehen!

Kenneth Haar

Konvent kommt vom lateinischen Wort „con-venire“ und bedeutet so viel wie „zusammen-kommen“. Der Name wurde ursprünglich für Versammlungen benutzt, bei denen es darum ging, Verfassungen zu entwerfen.

Beides trifft auf den „Konvent zur Zukunft der Europäischen Union“ zu. Alle drei Wochen reisen aus den 15 Ländern der EU sowie den 13 Beitrittskandidaten Menschen nach Brüssel, um dort über eine Verfassung für die EU zu diskutieren. Ist es also etwas ganz normales, was da in Brüssel abläuft? Sicherlich nicht, denn eigentlich wurden die Entscheidungen über die Grundlagen der Union immer hinter den Kulissen von den Staats- und Regierungschefs ausgemacht. Diesmal ist es jedoch keine „normale“ Vertragsänderung, diesmal soll die EU – nach über 50 Jahren des Bestehens – eine Verfassung bekommen.

Begonnen hat das alles vor 10 Jahren, als auf dem EU-Gipfel von Kopenhagen beschlossen wurde, das Projekt „Osterweiterung“ zu starten. Dies hatte nicht nur viel „Anpassungs-Arbeit“ für die Länder, die der EU beitreten wollten, zur Folge, sondern setzte auch voraus, daß die alte EU sich fit machte für die Erweiterung. Neben eher technisch klingenden Fragen nach der zukünftigen Größe des Europäischen Parlaments und der Kommission, ging es auch um finanzielle Fragen, Kompetenzverteilungen, Entscheidungsstrukturen etc. Auf dem Gipfel von Nizza wurde versucht, das ganze in der alten Methode – Vertragsänderung – zu lösen, was allerdings fehlschlug, auch wenn Irland im zweiten Referendum den Vertrag von Nizza nun auch angenommen hat.

Daher setzten die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Laeken, im Dezember 2001, auf eine Arbeitsmethode, die sich bereits bei der Erstellung der Grundrechtscharta bewährt hatte: einen Konvent. Als Arbeitsgrundlage bekam dieser die „Erklärung von Laeken“, ein Dokument, das sehr viele offene Fragen stellt und wenige Vorgaben macht.

Am 28.2.2002 war es dann so weit, der Konvent zur Zukunft der EU nahm seine Arbeit auf. Die erste Phase war dem Zuhören gewidmet. Man lauschte sich selbst, d.h. den Vertretern der Mitgliedstaaten (je 2 Vertreter des Parlaments und einer der Regierung), den Vertretern des EP (16) und der Kommission (2), den Beobachtern des Ausschusses der Regionen (3), des Wirtschafts- und Sozialausschusses (3), der Sozialpartner (3) sowie der Zivilgesellschaft, die im sog. „Forum der Zivilgesellschaft“ vertreten ist.

Weitere Informationen auf der Internetseite der EU-AG:

<http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag>

Zu bestimmten Fragestellungen wurden dann Arbeitsgruppen gebildet (Grundrechtscharta, Wirtschaft, Verteidigung, Außenpolitisches Handeln etc.), in denen konkretere Vorschläge entwickelt werden.

Ende Oktober legte Valerie Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Konvents, einen ersten Entwurf für die Verfassung vor, allerdings erstmal nur eine mögliche Struktur (Überschriften). Diese soll nun diskutiert und mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen „gefüllt“ werden, um im Januar einen vollständigen Verfassungsentwurf zu haben, der nach einer weiteren Diskussion im Juni auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki an eine Regierungskonferenz übergeben werden kann, die dann noch einmal (mindestens) ein halbes Jahr hinter verschlossenen Türen darüber diskutieren will, bevor die Staats- und Regierungschefs schließlich – Ende 2003 oder 2004 – die Verfassung verabschieden.

Stand der Dinge und Ansatzpunkte für Kritik

Einer der wichtigsten Gründe für die Einsetzung eines Konvents, war das Ziel, eine breite öffentliche Diskussion über die Zukunft der EU in Gang zu bringen. Dazu sollte nicht nur das Forum der Zivilgesellschaft beitragen, sondern auch die Transparenz (alle Dokumente finden sich im Internet, die Sitzungen sind öffentlich etc.). Wenn man allerdings einen Blick in die Presse wirft oder auch nur im Freundeskreis herumfragt, wird man feststellen, daß dieses Ziel bei weitem nicht erfüllt und somit eine wichtige Chance vertan wurde, dieses Thema ins öffentliche Bewußtsein zu bringen.

Wäre dies passiert, so würde sich der Konvent vielleicht auch mehr mit den Themen beschäftigen, die laut Eurobarometer von den Bürgern der EU als wichtig angesehen werden: Soziales und Beschäftigung. Das Thema Soziales wurde im Konvent nur in Zusammenhang mit der Grundrechtscharta diskutiert, und auch dabei ging es nicht darum, noch einmal über soziale Rechte zu diskutieren, vielmehr hat die zuständige AG sich als Arbeitsgrundlage gesetzt, den Inhalt der Charta nicht zu verändern, sondern nur zu klären, ob die Charta in die Verfassung aufgenommen werden soll, oder nicht. Aufgrund der ungünstigen politischen Konstellation in der EU und den starken Bedenken v.a. Großbritanniens gegen eine Aufnahme der Charta in die Verfassung (die eine Rechtsverbindlichkeit zur Folge hätte), ist diese Haltung durchaus verständlich und wird auch von vielen Akteuren der Zivilgesellschaft geteilt. Doch dies

Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union

Hintergrund und aktueller Stand

von Anne Karrass

Mitglied im Rat von Attac Deutschland und Mitherausgeberin des „Handbuch für Globalisierungskritiker“

muß zur Folge haben, daß das Thema an anderer Stelle aufgegriffen wird.

Genau dies war jedoch nicht vorgesehen. Erst nachdem einige Konventsmitglieder eine Initiative gestartet haben, in dem sie das Konventspräsidium dazu auffordern, zumindest eine Diskussion, wenn nicht sogar einen Arbeitskreis zu diesem Themenfeld zu machen, stimmten schließlich auch die härtesten Gegner einer solchen AG (darunter Spanien, Großbritannien und Deutschland) zu – sie wird Anfang Dezember ihre Arbeit aufnehmen.

Aspekte wie Umwelt oder Beschäftigung sind gar nicht in der Diskussion. Statt dessen setzen die meisten Konventsmitglieder weiterhin auf die wirtschaftliche Seite der EG. Die Arbeitsgruppe „Economic Governance“ konnte sich als eine der wenigen AGs nicht in einem Punkt auf eine gemeinsame Linie einigen, zu stark waren die Vorbehalte der Konservativen, in irgendeiner Weise von der bisherigen Linie abzuweichen. Wenn sich diese Linie durchsetzt, wird die Europäische Zentralbank sich auch in Zukunft nicht um Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum, sondern nur um Preisstabilität kümmern, dann werden auch weiterhin die strengen Defizitkriterien für die öffentlichen Haushalte gelten, es wird keine weiteren Ansätze gegen den Steuerwettbewerb und die Liberalisierung der öffentlichen Dienste geben etc.

Änderungen zeichnen sich im Bereich Außen- und Verteidigungspolitik ab, allerdings noch ohne konkrete Ergebnisse, da die entsprechenden Arbeitsgruppen noch nicht fertig sind.

Im Strukturentwurf von d'Estaing taucht Verteidigungspolitik jedoch schon auf der gleichen Ebene wie Wirtschaftspolitik auf, was einem starken Bedeutungszuwachs gleichkommt.

Die Debatte im und um den Europäischen Verfassungskonvent ist nach dem Erweiterungs Gipfel von Brüssel endgültig aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Sechs der mittlerweile zehn Arbeitsgruppen des Konvents haben bereits ihre Abschlussberichte vorgelegt. Zeitgleich hat der Konventspräsident Giscard D'Estaing seine Vorstellungen einer europäischen Verfassungsarchitektur präsentiert (s. Hinweise). Die Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik fristet jedoch ein Schattendasein in der derzeitigen Kakophonie europäischer Zukunftsvisionen.

Wirtschaftlich ist die EU zwar schon lange ein Global Player, außenpolitisch blieb ihr diese Stärke bislang jedoch versagt. Wenig überraschend also, dass die Grundsätze und Ziele außenpolitischen Handelns sowie die Neuverteilung der entsprechenden Kompetenzen zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten im Zentrum der Konventsgespräche stehen. Der Verfassungsentwurf des ehemaligen französischen Premiers enthält als zentrale Punkte: eine einfachere Union, eine international voll handlungsfähige Rechtspersönlichkeit, eine einheitliche Ordnung der Institutionen sowie die EU-

Wie weiter?

Nach einer langen Phase des Schweigens kommt es mittlerweile in vielen Bereichen zu Diskussionen um den Konvent. Attac Frankreich und Belgien sind Mitglieder des „Forums der Zivilgesellschaft“ und haben einen eigenen Beitrag eingereicht. Auf der Attac-EU-Konferenz im Vorfeld des ESF konnte allerdings gegen den Widerstand der skandinavischen Länder keine gemeinsame Position der europäischen Attac gefunden werden. Statt dessen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich insgesamt mit dem Thema EU/ Europa beschäftigen soll, um so eine Diskussion innerhalb von Attac anzuregen. Auch beim „Attac-Europa-Café“ sind die verschiedenen Europa-Vorstellungen ein Thema.

Um Einfluß auf den Konvent zu nehmen, müssen wir v.a. Öffentlichkeit schaffen, Diskussionsrunden organisieren, Artikel schreiben, Leserbriefe veröffentlichen etc.

Es geht dabei nicht darum, detaillierte eigene Alternativvorschläge einzubringen oder gar eine komplette Verfassung in unserem Sinne zu formulieren, sondern Druck bei den wesentlichen Punkten auszuüben: Europa muß ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Sozialem schaffen, es muß transparent und demokratisch aufgebaut sein, es sollte seine Rolle in der Welt wahrnehmen, um Ziele wie Frieden, Entwicklungschancen und die Verbreitung von Bürger- und Menschenrechte zu erreichen.

Um dies zu erreichen, müssen auch wir zusammen kommen und gemeinsam daran arbeiten, „unser“ Europa zu entwickeln.

Grundrechtecharta. Der Vertrag soll für die Bürger in Europa leicht lesbar und verständlich sein, und so die immer wieder beschworene europäische Akzeptanzkrise überwinden helfen.

Rückschritt noch hinter Maastricht?

Mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Außenpolitisches Handeln“ (AG VII) hat der Konvent die notwendige Grundlage für die Diskussion um die zukünftige Verfasstheit der europäischen Entwicklungspolitik als gleichberechtigtes Politikfeld neben der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. In den bisherigen Verlautbarungen der Arbeitsgruppe jedoch ist, wie übrigens in der öffentlichen Diskussion in Deutschland und Europa allgemein, die Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik kaum gewürdigt worden. Auch das von Giscard D'Estaing vorgeschlagene Verfassungsgesetz schweigt sich hier weitgehend aus.

Europäischer Konvent und Entwicklungspolitik - Stiefkind der Debatte

von Klaus Schilder

Der Vertrag von Maastricht hatte durch die drei Grundprinzipien Komplementarität, Koordination und Kohärenz (die drei Ks) erst die vertragliche Grundlage der europäischen Entwicklungspolitik geschaffen. In einem ersten Entwurf der Prinzipien und Ziele der zukünftigen EU-Außenbeziehungen nimmt die AG VII zwar Bezug auf die externen Wirkungen europäischer Politiken, die drei Ks werden jedoch nicht explizit erwähnt. Dabei zeigt der andauernde Streit um die entwicklungspolitische Schädlichkeit der Agrarsubventionen, dass in Europa Kohärenz zu entwicklungspolitischen Zielvorgaben immer noch Wunsch statt Wirklichkeit ist. Durch die Abschaffung des Entwicklungsministerrates im Spätsommer und die weit gehende Kompetenzbeschneidung des Entwicklungskommissars Poul Nielson ist die Aufgabe einer eigenständigen europäischen Entwicklungspolitik in der zukünftigen EU-Verfassung erschreckend nahe gerückt.

Armutsbekämpfung als europäisches Verfassungsziel

Entwicklungspolitik hat eine offenkundig politische Dimension, die vornehmlich darin besteht, politische Prozesse am internationalen Leitbild der Armutsbekämpfung auszurichten. Sollen die entwicklungspolitischen Ziele der EU ins Zentrum des außenpolitischen Handels der Union gerückt werden, so muss das zentrale Ziel der Armutsbekämpfung unter Hinweis auf die international vereinbarten Entwicklungsziele im künftigen Verfassungsvertrag deutlich verankert werden. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik kann von einer eigenständigen Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe jedoch nur profitieren, wenn diese durch eigenständige Strukturen in der zukünftigen Verfassung und den Institutionen repräsentiert ist und einer klaren politischen Definition folgt. Nötig ist daher die Stärkung der zentralen Bedeutung der entwicklungspolitischen Grundprinzipien in Europa durch explizite Bezugnahme auf deren Leitbildfunktion im zukünftigen Verfassungsvertrag. Mit Spannung erwartet wurde daher der für den 18. November angekündigte, auf Giscard D'Estaings Strukturvorgaben basierende, Verfassungsvorschlag der Kommission.

Entwicklungspolitisches Haushaltsrecht

Um die im Mandat der AG VII genannte Erleichterung europäischer Entscheidungsprozesse umzusetzen, sollten die Mitentscheidungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments (EP) im Rahmen der Gemeinschaftsmethode gestärkt werden. Dies ist der einzige Weg, um gemeinschaftlichen Entscheidungen die nötige demokratische Legitimität und Kontrolle zu geben. Das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments sollte daher, in Erweiterung der bereits im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Rechtspersönlichkeit“ vorgeschla-

gen Anhörungspflicht des Parlaments in Handelsfragen, generell auf alle gemeinschaftlichen Politiken ausgedehnt und dort umfassend angewandt werden. Zwar wird das Mitentscheidungsverfahren in der Entwicklungspolitik bereits angewandt, muss aber auch dort durch Einstellung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den regulären Entwicklungshaushalt der Europäischen Gemeinschaften Anwendung finden.

Eigenständige Entwicklungspolitik oder Super-GASP?

Zentralen Raum in der Diskussion über die zukünftige Verfasstheit der europäischen Außenbeziehungen nimmt die institutionelle Abgrenzung der von der Kommission vertretenen langfristigen Außenpolitiken (Entwicklungspolitik, Handelspolitik, humanitäre Hilfe, aber auch Landwirtschaft und Migration) von der intergouvernemental geregelten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein. Der Vorwurf des Abschlussberichtes der AG VII erwähnt Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe zwar als zwei einer Vielzahl von Werkzeugen, um „den globalen Einfluss der EU zu maximieren“ (!), versäumt aber eine klare Abgrenzung zu klassischen außenpolitischen Machtinstrumenten (s. Hinweis). Um die europäischen Außenpolitiken in Zukunft effektiver und effizienter zu machen, schlägt die Arbeitsgruppe, ebenso übrigens wie die Arbeitsgruppe „Rechtspersönlichkeit“, eine Zusammenführung der Funktionen des Hohen Vertreters der GASP und des EU-Außenkommissars vor. Eine Personalunion in Form eines „Mr. Super-Solana“ würde einerseits die Effizienz der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erhöhen und so deren Bedeutung unterstreichen. Andererseits würde sie die unter dem Dach der Europäischen Kommission und ihrer Kommissare verbleibenden og. gemeinsamen Außenpolitiken, einschließlich einer komplementären entwicklungspolitischen und humanitären Kompetenz mit eigenem Kommissar, rechtlich klar definieren und so deren Kontinuität im zukünftigen Verfassungsvertrag sicherstellen. Die Zeit für politische Einflussnahme wird knapp. Anfang Dezember wollte die AG VII ihren Abschlussbericht präsentieren. Eine rechtlich verbindliche Entscheidung über die Vorschläge des Konvents wird aber erst auf der Regierungskonferenz 2004 getroffen.

Hinweise:

- Website des Europäischen Konvents www.european-convention.eu.int/bienvenue.asp?lang=DE
- Vertrag über eine Verfassung für Europa, Vorwurf des Präsidiums vom 28. Oktober 2002, www.european-convention.eu.int/docs/sessPlen/00369.d2.PDF.
- Preliminary draft final report (WD21), Arbeitsgruppe VII vom 8. November 2002.

Klaus Schilder ist Mitglied von Weltwirtschaft Ökologie & Entwicklung (WEED)¹

¹ Dieser Artikel erschien erstmals in der November-Ausgabe des Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Bonn 2002

Kopenhagen2002: Was ist derzeit der Stand der Militarisierung der EU?

Tobias Pflüger: Die EU-Staaten haben vereinbart, eine EU-Interventionstruppe zu schaffen, die im Einsatz bis zu 60 000 Mann umfassen soll. Insgesamt haben die Regierungen der EU-Staaten (mit Ausnahme Dänemarks, das sich nicht an der militärischen Komponente der EU beteiligt) und der EU-Kandidaten ca. 100 000 Soldat/inn/en „angemeldet“. Auf der Homepage der Bundesregierung heißt es dazu: „Insgesamt werden von den Mitgliedstaaten rund 100 000 Soldaten bereitgestellt, von denen 60 000 für ein Jahr permanent weltweit einsatzfähig sein sollen.“

Diese Interventionstruppe soll innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig sein. Selbst der Interventionsradius von 4 000 km rund um Brüssel wurde verbindlich festgelegt. Die EU-Interventionstruppe ist keine „stehende Truppe“, sondern wird aus den bereitgehaltenen Truppenkontingenten jeweils zusammengestellt. Die Truppe soll im Laufe des Jahres 2003 „einsatzfähig“ sein. Ob diese strenge Zeitplanung tatsächlich umgesetzt wird, ist noch offen. Politisch interessant ist die Zusammensetzung der Truppe: Belgien: 1 000, (Deutschland: 18 000), Großbritannien: 12 500, Finnland: 2 000, Frankreich: 12 000, Griechenland: 3 500, Irland: 1 000, Italien: 6 000, Luxemburg: 100, Niederlande: 5 000, Österreich: 3 500, Portugal: 1 000, Schweden: 1 500. Dänemark beteiligt sich ja erfreulicherweise nicht an der EU-Truppe.

Kopenhagen2002: Welche Rolle spielt Deutschland bei der EU-Interventionstruppe?

Tobias Pflüger: Deutschland stellt mit 18 000 Soldat/inn/en das mit Abstand größte Kontingent. Auf der Homepage der Bundesregierung wird in Bezug auf die Truppenzusammensetzung stolz verkündet: „Ein Drittel aus Deutschland“, „Die Bundesregierung sagte einen Beitrag von insgesamt 32 000 Soldaten zu. Die Fähigkeiten der Bundeswehr beziehen sich vor allem auf die Bereiche Strategische Aufklärung, Führungsfähigkeit und Strategische Verlegfähigkeit.“

Um 18 000 einsatzfähige Soldat/inn/en zu haben, sind 32 000 notwendig, die extra dafür ausgebildet werden. Von den 18 000 Soldaten kommen 12 000 aus dem Heer. Zugesagt sind zudem 93 Kampf-, 35 Transport- und 3 Überwachungsflugzeuge, vier Kampfhubschrauber und Einheiten der Marine. Der Befehlshaber der EU-Truppe wird der deutsche General Rainer Schuwirth sein.

Die EU-Interventionstruppe kann vom Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow aus befehligt werden, denn das Einsatzführungskommando ist auch der „Kern eines Operations Headquarters der Europäischen Union“. Also

Militärinterventionen der EU sollen vom Einsatzführungskommando in Potsdam gesteuert werden. Die FAZ sagt über die Einsatzzentrale in Potsdam: „Mit dem Einsatzführungskommando verfügt die Bundeswehr über einen operativen Führungsstab auf der Armee-Ebene, der in seinen Funktionen Aufgaben wahrnimmt, die in den früheren deutschen Armeen von Generalstäben wahrgenommen wurden“. Das Einsatzführungskommando ist also ein De-facto-Generalstab der Bundeswehr.

Um es klar zu formulieren: Hier wird eine gefährliche europäische Interventionstruppe unter deutscher Führung zusammengestellt für Militärinterventionen (sprich Kriegseinsätze) im Einsatzradius von 4 000 km (!) rund um Brüssel.

Kopenhagen2002: Tobias, vorhin kam in den Nachrichten eine wichtige Meldung: Das immer noch in Afghanistan stationierte deutsche Kommando Spezialkräfte (KSK) soll dort künftig eigenständige militärische Einsätze ausführen dürfen. Ein erster Kommentar zu dieser aktuellen Entwicklung?

Tobias Pflüger: Dass nun das Kommando Spezialkräfte „eigenständig“ kämpfen „darf“ ist ein weiterer Schritt hin zur militärischen Eigenständigkeit Deutschlands. Das KSK hat einen reinen Kampfauftrag und soll ihn nach dem Willen der Regierenden haben. Das KSK ist so etwas wie der Eisbrecher für die zukünftig immer häufiger werdende „übliche“ Art des Kriegseinsatzes. Und das KSK ist ein Symbol für die neue Form des Militärs: „war fighting profis“, die in allen fünf Varianten eingesetzt werden können: als Truppe innerhalb der NATO, innerhalb der EU, innerhalb der UN, in ad-hoc-Koalitionen oder rein national. Die einzig sinnvolle Sache, die man/frau mit einer solchen Truppe machen kann, ist sie sofort aufzulösen!

Kopenhagen2002: Wie ist das Verhältnis von NATO und EU-Militärs gedacht?

Tobias Pflüger: Zuerst einmal gibt es ja noch alle nationalen Truppen und die werden im Vorfeld des NATO-Gipfels von Prag (21./22. November) weiter in ihren Strukturen kriegsführungsfähig gemacht, d.h. ihre interventionsfähigen Teile werden weiter ausgebaut und erhalten auch neue Kriegswaffen. Da die EU-Interventionstruppe keine eigenständige „stehende“ Truppe ist, muss auf die militärischen Strukturen der einzelnen Länder und damit auf NATO-Strukturen zurückgegriffen werden. Ziel der EU-Oberen ist es allerdings, eine Interventionstruppe, ob mit oder ohne Rückgriff auf NATO-Equipment, zu schaffen, die unabhängig von der NATO, also auch unabhängig von der USA agieren kann. Auf der Homepage der Bundesregierung hört sich das so an: „Diese Kräfte in Form einer europäischen Eingreiftruppe sollen für gemeinsame Einsätze der EU unabhängig von der NATO zur Verfügung stehen.“ Das Verhältnis

4 000 km rund um Brüssel

Von www.imi-online.de/2002.php3?id=280

Interview mit Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen zur Entwicklung der Militarisierung der Europäischen Union (EU) erschienen 10.11.2002 in: kopenhagen2002.de

www.kopenhagen2002.de

von EU-Militärs und NATO ist nicht eine Konkurrenz, sondern sich gegenseitig ergänzend. Oder um es deutlicher zu sagen, wenn Militärinterventionen durchgeführt werden sollen, an denen die US-Regierung kein Interesse hat oder bei denen ein anderes Interesse der US-Regierung vorliegt, dann soll in Zukunft auf die EU-Truppe zurückgegriffen werden.

Kopenhagen2002: Es deutet sich also durchaus ein Konkurrenzverhältnis EU-USA an?

Tobias Pflüger: Ja. Es gibt bekanntlich in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Interessen, siehe die Positionen zum Irakkrieg. Die Bundesregierung bezieht ihre offiziell ablehnende Haltung auch, weil sie in der Region andere Interessen als die USA haben, Stichwort: Iran. Der Iran ist bei der US-Regierung das nächste Kriegsziel nach dem Irak, Deutschland hat enge wirtschaftliche Beziehungen zum Iran und will diese weiter ausbauen. Nur um auch das deutlich zu sagen, diese Konkurrenz ist sehr weit weg von einer direkten auch militärischen Konfrontation. Dazu sind die Interessen der westlichen Staaten zu nah beieinander: Auch militärische Absicherung des westlichen Wohlstandes gegen alle anderen.

Kopenhagen2002: Das heißt, die Militarisierung der EU hat auch wirtschaftliche Gründe?

Tobias Pflüger: Ja. Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und militärischer EU machte der frühere Staatssekretär Dr. Walther Stützle aus dem deutschen Verteidigungsministerium auf dem Symposium „Sicherheit, Menschenrechte und Stabilität in Europa und der NATO“ am 28. Juni 1999 im Haus der Industrie in Wien deutlich: „Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung. Daraus gilt es, die praktischen Schlüsse für die Tagesarbeit zu ziehen, es gilt, die zwei Prozesse miteinander zu harmonisieren und im Gleichgewicht zu halten.“ Gegen diesen Januskopf Militär- und Wirtschaftsmacht EU ist dringend Protest und Widerstand notwendig. Die Militarisierung der EU ist insbesondere für die deutsche Regierung ein ganz zentrales Projekt. Die Verhinderung oder Behinderung dieses Projektes wird nicht von Regierungen kommen, sondern nur durch Protest und Widerstand und vor allem eine andere Grundstimmung in den Bevölkerungen, und da sollten wir durch Informationen und Aktionen dafür sorgen, dass sich immer mehr Menschen wehren.

Kopenhagen2002: Danke für dieses Interview.

*attac-Proteste
beim Parteitag der
Grünen. (foto: attac-
Deutschland)*



In this open letter, addressed to EU Trade Commissioner Pascal Lamy, over 90 European civil society organisations reiterate their call to publish immediately the full GATS requests that the European Union has submitted and the incoming requests made to the EU by other WTO members; to conduct an economic, social and environmental assessment of the past and proposed service liberalisation before undertaking further GATS commitments; and finally, to exclude public services from the GATS negotiations.

Dear Commissioner Lamy,

Thank you for your reply to our previous open letter regarding the EU's approach to the WTO services negotiations. We would like to take this opportunity to respond to your reply, as published on the DG Trade website.

In our open letter we requested that the European Commission and the EU Member States exercised full transparency and democracy in their decision-making regarding the European Union's GATS requests to other WTO member states and the requests subsequently received by the EU. In particular, we requested that you make the EU draft request lists public on 31 May, at the latest, to allow for an open public debate and to enable effective control of the decision-making process by the European Parliament and EU Member State parliaments.

We welcome your statement about the importance of transparent processes and involvement of all stakeholders with regard to WTO negotiations. We are, however, thoroughly disappointed by the European Union's handling of the GATS negotiations so far, especially the non-transparent process of drafting the EU GATS requests this spring. We further regret the EU's refusal to make public the official documentation of outgoing EU's GATS requests, agreed to by the Member States in June and submitted to other WTO Members on 4 July 2002. Finally, we regret that, since early July, the Commission has provided insufficient information concerning the progress of the GATS negotiations. For example, the Commission has provided no information at all on bilateral talks in the past months, whereas the EC GATS Consultation Document released on 12 November comes very late in the process of preparing the EU offer and gives an incomplete and too generalised summary of the incoming requests.

In short, we reiterate our call; to publish immediately the full GATS requests that the European Union has submitted and the incoming requests made to the EU by other WTO members; to conduct an economic, social and environmental assessment of the past and proposed service liberalisation before undertaking further GATS commitments; and finally, to exclude public services from the GATS negotiations.

More specifically:

Lack of democracy and transparency Submission of initial EU requests

In our letter of 7th May, we asked for the EU requests to be made public before 1 June (thus in advance of the June 30 deadline) to allow for proper scrutiny and feedback from parliaments and EU Member State governments. This did not occur, moreover, the requests were rushed through Committee 133 in a hasty and non-transparent manner. Most parliaments had no opportunity to examine the draft request lists, and in the rare cases that they did, were held to strict rules of confidentiality and even then, were only granted access a few days before the requests were to be submitted to the addressees. This process is rendered even more objectionable when one learns - as we have now in fact learnt - that the given date, June 30, for submitting initial requests was not in fact a hard and fast deadline.

Indeed, the Statement from the Chairman of the Special Session of the Council for Trade in Services, to the Trade Negotiations Committee (6th June 2002) declared with regards to «the date of 30 June 2002 referred to the submission of initial requests... those [requests] submitted thereafter would not be considered untimely.»

As the Commission's requests have been delivered to 109 recipients, we consider that the summary published on the DG Trade website is insufficient for allowing a substantial public debate on the trade liberalisation measures that the EU is asking from 109 other WTO members. This summary makes no mention, for example, of the numerous regulations that the EU is requesting other WTO members to remove as part of the current negotiations. In most cases, these are in fact restrictions that WTO member states have placed on their sector commitments in the existing GATS agreement; such restrictions are often considered critical development tools. Furthermore, the summary does not even indicate which countries are being targeted by the initial proposals.

In your letter, you appeal to «a tradition of confidentiality» which supposedly justifies the absence of transparency and the scant summary on the DG Trade website as the only information the public and their elected representatives need. Tradition is not, nor can it be, an argument in itself. Your so-called «tradition» of confidentiality - i.e. deliberately hiding from the public, in both the north and the south, vital information that will serious-

ly affect their futures - is precisely the «tradition» which is fuelling growing opposition to the WTO. Furthermore, there is little chance that this confidentiality will encourage WTO Member States to take «requests back to their own stakeholders for review». Why should we subscribe to such a statement when the Commission itself has taken no requests back to its own stakeholders and clearly has no intention of ever doing so? In simple language, this argument is hypocritical.

We fear also that given the tight time frame agreed at the Doha Ministerial, other WTO Members will have little time to adequately consult and process the EU's list of requests.

In conclusion, we hereby reiterate our demand for the immediate publication, on the DG Trade website, of the full GATS requests that the European Union has submitted and of all the requests it has received from other WTO members.

Unequal treatment of different stakeholders

Although we recognise the efforts of the Commission to discuss the EU's external trade policies with civil society on a regular basis, those of us who have attended these meetings find that they are briefings rather than genuine dialogue. We believe that the Commission should acknowledge that if such «consultations» had been satisfactory in the past, criticism of the EU's negotiating approach and GATS proposals would not be necessary today. You also note in your reply, «my services have also on a number of occasions organised internet chats where I respond to questions from members of the general public.» Surely no reasonable person would consider such «chats» as a substitute for a mechanism through which negotiating priorities could be solicited from civil society organisations.

In contrast to these ad hoc and unsatisfactory «consultations» with civil society, as early as 1999, the Commission has co-operated closely with the European Services Forum (ESF). We have ample evidence for the European Services Forum's privileged access to the European Union GATS negotiators. You may recall the statement made by DG Trade official Mr. Robert Madelin at a UK business conference in September 1999: «We are going to rely heavily on that Network [i.e. the European Services Forum]. [...] We are going to rely on it just as heavily as on member state direct advice in trying to formulate our objectives.»

The recent DG Trade letter, addressed to Mr. Pascal Kerneis of the ESF, provides clear evidence of this close co-operation between DG Trade and the ESF. In this letter, DG Trade specifically solicited industry input to a detailed EU list of trade barriers in the distribution sector, to be used for the distribution paragraph in the EU GATS requests. The last paragraph of the letter stresses «the im-

portance to provide within the following days any input you may have, as we are currently finalising the draft requests that will be transmitted to Member States very soon.»

When you state in your letter that the Commission has attempted «to ensure a balanced input into the EC's preparations for the GATS negotiations», but that only «few substantive contributions have been received from NGOs», this does not reflect reality. We would like to remind you that the Commission has never approached citizens' organisations in a similarly targeted manner nor asked them for detailed input in the formulation of EU GATS requests.

Preparing the initial EU GATS Offer

In our open letter of 7 May we asked for similar transparency in the preparation of the EC GATS offers. The EC GATS Consultation Document, released on 12 November, seems to respond to this request, but in fact falls short of the level of transparency that is necessary for a well-informed public debate and democratic oversight of the EU's current GATS agenda.

Therefore, we repeat: a first step to ensure transparency of process and true stakeholder involvement would mean publishing the full text of incoming requests made to the EU by other WTO members and the draft offers prepared by the Commission in reply to these requests.

EU Sustainability Impact Assessment of Services

In response to our demand for a full evaluation and impact assessment of services liberalisation and the GATS, you point to the Sustainability Impact Assessment (SIA) of the proposed new round of trade negotiations (including services), which is currently underway. However:

The EU's SIA will not assess the impacts of the existing GATS rules on the ability of governments to effectively regulate services, promote public service provision and promote the development of domestic service suppliers in the developing world.

The EU's SIA will not assess the potential impacts on «policy space» of proposed new «general obligations» on, for example, domestic regulation, government procurement and subsidies.

The EU's SIA - if it uses case studies of past services liberalisation - may give an indication of some of the impacts of such liberalisation. However, this information will not be used to define the EU's position. The EU's SIA takes the current negotiating positions as a given. We therefore conclude that the EU will not itself consider whether or not to liberalise. It will only consider possible «flanking measures» that might accompany liberalisation to circumvent adverse impacts. Furthermore, the SIA can have no real impact on EU

GATS negotiating positions, as the first sectoral reports on services are announced for 17 March 2003, shortly before the 31 March 2003 deadline for GATS offers.

For these reasons, we are calling for an assessment of past services liberalisation in order to stimulate debate on the benefits and disadvantages of liberalisation. We also call for economic, social and environmental assessment of the impacts on current and proposed GATS rules on effective government regulation before proceeding with further GATS commitments. Debate on appropriate rules for trade in services is also required.

Aus Deutschland wurde dieser offene Brief u.a. von den folgenden Organisationen unterzeichnet: ATTAC Saar ATTAC Lüneburg ATTAC Potsdam BUND (Friends of the Earth Germany) BUNDjugend Initiative Colibri (GlobeNet3 Germany) GRÜNE JUGEND World Economy, Ecology & Development (WEED) GATSwatch is a joint project of Corporate Europe Observatory and Transnational Institute Paulus Potterstraat 20, 1071 DA Amsterdam, The Netherlands

Marktzugang im Fokus der Diskussionen in der WTO – Bruchstücke der „Development Box“ werden wahrscheinlich Teil der offiziellen Verhandlungsagenda

Die letzte reguläre Verhandlungssitzung des Agrarausschusses der WTO in diesem Jahr stand ganz im Zeichen der Forderungen weitgehende Zollsensenkungen. Der EU ist es vor allem aufgrund interner Differenzen zur künftigen Ausgestaltung ihrer gemeinsamen Agrarpolitik nicht gelungen, bis zur Sitzung (und dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe) eine konkretisierte Verhandlungsposition vorzulegen. Sie war daher Ziel heftiger Angriffe anderer WTO-Mitglieder. Den Entwicklungsländern ist es gelungen, ihre Forderungen nach erweiterten Schutzrechten für Ernährungssicherheitsbelange zumindest auf die Tagesordnung für weitere Diskussionen zu setzen.

Die Agrarverhandlungen in der WTO stehen zur Zeit in einer entscheidenden Phase. Auf Grundlage der seit 2000 eingereichten Vorschläge und Diskussionsbeiträge soll der Vorsitzende des Agrarausschusses bis Februar 2003 den Entwurf für ein neues Agrarabkommen vorlegen, der dann im März verabschiedet werden soll. Erste Hinweise darauf, wo mögliche Kompromisslinien liegen, könnte ein für den 18. Dezember 2002 angekündigtes Überblickspapier geben. Ob dieser Zeitplan allerdings eingehalten werden kann ist fraglich, da die EU sich nicht in der Lage gesehen hat, einen konkretisierten Verhandlungsvorschlag für die letzte Verhandlungssitzung vorzulegen. Ob ihr das noch bis zum Ende des Jahres gelingt erscheint sehr fraglich. Ende November 02 kündigte sie an, der Vorschlag werde „sehr bald“ vorliegen.

Formeln aus der Schweiz und Uruguay polarisieren die Zollverhandlungen

Im vergangenen Jahr haben Verhandlungen zu den Kernthemen Exportsubventionen, Marktzugang und interne Unterstützung stattgefunden. Bei der vom 18.–20.11. dauernden letzten Verhandlungssitzung in diesem Jahr sollten ursprünglich Querschnitts-

fragen wie Umweltschutz, Ernährungssicherheit und die Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer behandelt werden. Die Diskussionen konzentrierten sich jedoch fast ausschließlich auf das Ausmaß und vor allem die Struktur weiterer Zollsensenkungen.

Mehrere Länder und Ländergruppen haben dazu neue Vorschläge vorgelegt:

- Die USA und die Cairns-Gruppe agrarexportierender Länder fordert eine sehr weitreichende Senkung nach der sogenannten „Schweizer Formel“. Durch diese wird, vereinfacht dargestellt, ein maximal zulässiges Zollniveau vereinbart. In den Vorschlägen von USA und Cairns-Gruppe sind das 25%.
- Die Gruppe der „Freunde der Multifunktionalität“ (v.a. Norwegen, Schweiz, Japan und Südkorea, diesmal offiziell ohne die EU) will den Zollabbau nach der in der Uruguay-Runde für den Agrarsektor angewandten Formel (UR-Formel) fortsetzen. D.h. es wird ein durchschnittlicher Wert vereinbart, um den alle Zölle gesenkt werden müssen. So lange dieser erreicht wird, ist es zulässig, die Zölle auf einzelne Produkte in einem geringeren Ausmaß zu senken (hier kann ein Mindestwert festgelegt werden). Dies bietet einzelnen Ländern einen größeren Spielraum, Zölle auf sensible Produkte auf einem hohen Niveau zu halten. Der Unterschied zwischen den Formeln ist gerade im Agrarsektor von entscheidender Bedeutung, wo es auf einzelne Produkte immer noch absurd hohe Zölle gibt (z.B. für Zucker in der EU 200% oder für Reis in Japan über 1000%!). Während beispielsweise der EU Zoll auf Zucker bei Anwendung der Schweizer Formel auf etwas unter 25% sinken würde, könnte sie bei der UR-Formel (und Anwendung der damals vereinbarten Reduktionssätze 36% Reduktion im Durchschnitt, mindestens 15% pro Produkt) einen Zollsatz von 170% beibehalten. Aus den Reihen der Entwicklungsländer kamen (zusätzlich zum Papier der Cairns-Gruppe, die aus Industrie- und Entwicklungsländern besteht) zwei Vorschläge:
- Eine Gruppe kleinerer Inselstaaten um Mauritius unterstützt im Kern den Vorschlag der Multifunktionalitätsgruppe für eine UR-Formel. Hintergrund ist, dass diese Staaten im

EU verzögert WTO-Agrarverhandlungen

Tobias Reichert

vom Forum Umwelt und Entwicklung

Rahmen eines gesonderten Abkommens Zucker und/oder Reis zum EU-internen Preis in die EU exportieren dürfen. Bei einer deutlichen Zollsenkung müßten auch die internen EU-Preise deutlich gesenkt werden, was direkte Auswirkungen auf die Exporterlöse dieser Länder hätte. Eine weitere Forderung ist dass Entwicklungsländer die Möglichkeit haben sollen Produkte, die für die Ernährungssicherheit wichtig sind, vollständig von den Zollsenkungen auszunehmen.

- Die „Like-Minded-Group“ (LMG) von Entwicklungsländern (Pakistan, Sri Lanka, Dominikanische Republik, Kenia, Uganda und andere) schlägt eine modifizierte UR-Formel vor, nach der die Industrieländer ihre Zölle um 75%, die Entwicklungsländer um 25% senken müssten. Um beim Beispiel Zucker zu bleiben: Die EU könnte dann immerhin noch einen Zollsatz von 50% beibehalten.

Der Vorsitzende des Agrarausschusses äußerte nach der Sitzung seine Besorgnis, da sich die Positionen der Mitglieder eher verhärten würden und zunehmend auseinander strebten. Die fehlende Konkretisierung der EU-Position kompliziere die Situation weiter.

Die Notwendigkeit spezieller Schutzrechte für Entwicklungsländer wird langsam anerkannt

Erstaunlicherweise verlief die Diskussion beim zweiten zentralen Punkt der Sitzung etwas weniger kontrovers. Zwei Gruppen von Entwicklungsländern machten Vorschläge für einen speziellen Schutzmechanismus, mit dem Entwicklungsländer ihre Märkte vor einem plötzlichen Importanstieg abschirmen können:

- Einige Entwicklungsländer aus der Cairns-Gruppe (Argentinien, Philippinen) forderten, dass alle Entwicklungsländer zusätzliche Zölle auf solche Produkte erheben können, die im Herkunftsland subventioniert werden. Dabei geht es nicht nur um direkte Exportsubventionen sondern um alle Arten von Beihilfen, also auch „entkoppelte“ Direktzahlungen.
- Die LMG fordert, dass Entwicklungsländer zusätzliche Zölle auf Produkte erheben können, deren Importmenge stark ansteigt und/oder deren Importpreis stark sinkt.

Die EU zeigt sich gegenüber letzterem Vorschlag offen, fordert aber eine Beschränkung des Schutzmechanismus auf Produkte, die „vital“ für die Ernährungssicherheit sind. Selbst die USA erklärten sich bereit, darüber zu diskutieren. Dies liegt wohl vor allem daran, dass sie nicht das letzte Land bleiben wollten, das eine Schutzklausel für Entwicklungsländer rundheraus ablehnt. Der Vorsitzende des Agrarausschusses folgert daraus, dass dieses Thema „weiter diskutiert“ werden muss. Damit findet es sicher Eingang in das Überblickspapier und sehr wahrscheinlich auch in den Entwurf für das Abkommen. Dies ist ein erster Erfolg für die Entwicklungsländer und NRO, die erweiterte Schutzrechte zur

Förderung der Ernährungssicherheit als Teil einer „Development Box“ gefordert hatten.

Die grundlegenden Ungleichgewichte des Agrarabkommens werden jedoch nicht angetastet

Die Einrichtung einer speziellen Schutzklausel oder auch die Festlegung einer Liste von für die Ernährungssicherheit wichtigen Gütern, die von Zollreduktionen ausgenommen werden, würde der Mehrzahl der Entwicklungsländer wichtige Instrumente zum Schutz ihrer Landwirtschaft in die Hand geben. Diese wären allerdings keineswegs ausreichend, um das Agrarabkommen oder gar die WTO insgesamt zu einem die Entwicklung fördernden Vertragswerk zu machen, wie die Rede von der „Entwicklungsrunde“ es impliziert.

Die nach wie vor hohen und an wenige oder keine Auflagen gebundenen Subventionen der Industrieländer erlauben es den Landwirten dort ihre Erzeugnisse zu Preisen zu verkaufen, die unter den Produktionskosten liegen. Die WTO definiert an anderer Stelle als unzulässiges „Dumping“. Damit können sie auch unabhängig von direkten Exportsubventionen, die für die meisten Produkte bereits deutlich reduziert oder abgeschafft wurden, ihre Stellung als wichtigste Agrarexporteure behalten. Eine Schutzklausel gäbe den Entwicklungsländern lediglich ein Instrument, dem auf ihren internen Märkten zu begegnen, es wäre jedoch keineswegs sichergestellt, dass sie es angesichts von Marktöffnungsforderungen der Industrieländer und von IWF und Weltbank tatsächlich zur Unterstützung verwundbarer Kleinbauern einsetzen.

Der von EU und USA barsch zurückgewiesene Vorschlag einer Schutzklausel gegen subventionierte Exporte bietet zwar keine umfassende Lösung, deutet aber zumindest die Dimension des Problems an: Freier Handel zwischen Ländern mit so unterschiedlichen Problemen, Schutz- und Subventionsniveaus in der Landwirtschaft kann nicht funktionieren.

Will die EU die mit dem Schlagwort „Multifunktionalität“ bezeichneten positiven Leistungen (Landschaftspflege, Regionalentwicklung, etc.) der Landwirtschaft erhalten, und gleichzeitig ihrer Rhetorik von der „Entwicklungsagenda“ wenigstens ansatzweise gerecht werden, muss sie ihre Verhandlungsposition grundlegend verändern. Für den Bereich der Marktöffnung würde das bedeuten, dass die EU nicht nur anerkennt, dass Subventionen in der von ihr (und den USA) gewährten Höhe notwendigerweise zu Handelsverzerrungen, und entsprechende Schutzmaßnahmen der importierenden Länder zulässt. Darüber hinaus, sollte sie aktiv dem Dumping entgegen wirken, z.B. durch eine Abgabe beim Export von Agrarprodukten, durch die die Subventionen wieder abgeschöpft werden.

Wochenendseminar der EU-AG

14.–16.02. 2003

Ort: Haus Hoher Hagen, ca.
15 km von Göttingen ent-
fernt ([http://www.haus-
hoher-hagen.de](http://www.haus-
hoher-hagen.de)) (für
Transfer von Göttingen
zum Haus wird
gesorgt)

Unkostenbeitrag:
35 Euro für Übernach-
tung und Verpflegung (am
Geld soll aber keine Teil-
nahme scheitern)

Anmeldung:
bitte per e-mail an:
celia.vogel@gmx.net

An diesem Wochenende möchten wir nicht nur unsere
Inhalte und Strategien weiterentwickeln, sondern auch
Menschen, die an einer Mitarbeit bei uns interessiert
sind, die Möglichkeit bieten, einen Einstieg zu finden.

Freitag ab 18:00 Uhr

Anreise, Abendessen, gemütliches Zusammensein

Samstag

Frühstück

10:00 Uhr EU, Krieg und Frieden (Cristian, Celia,
Elke)

Mittagessen

13:00 Uhr EU und Demokratie (Klaus und Jan)

Kaffeepause

15:30 Uhr EU, Wirtschaft und Soziales
(Anne und Angelika)

Abendessen

20:00 Uhr Neoliberale Think-Tanks in der EU: Was ist
das? Was wollen sie? Wie gehen sie vor?
(Stephan)

Sonntag

Frühstück

10:00 Uhr Wie sieht unsere weitere Zusammenarbeit
aus: Strategiediskussion Teil 1

Mittagessen

13:00 Uhr Wie sieht unsere weitere Zusammenarbeit
aus: Strategiediskussion Teil 2

Heimreise